



1. Schüler:innenparlament Antragsmappe

(Stand: 15. November 2024)



LSV WIEN
Landeschüler:innenvertretung

1. Schwächen streichen, Stärken reichen!.....	4
2. Modernisierung des Notensystems.....	5
3. AHS – Was dann?.....	6
4. Gesundheits- und Ernährungslehre.....	7
5. Flexibilität? Ja, bitte!.....	8
6. Schüler*innen als Gestalter der Schulgemeinschaft.....	9
7. 360° Feedback an Schulen.....	10
8. Wirtschafts- und Finanzbildung.....	11
9. Weg von eurozentrischen Perspektiven!.....	12
10. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?.....	13
11. Einbindung von Künstlicher Intelligenz in den Unterricht.....	14
12. Limit überschritten!.....	15
13. Du bist nicht du wenn du hungrig bist.....	16
14. Antifaschismus immer und überall.....	17
15. Matura ohne Nervenzusammenbruch.....	18
16. Schulübergreifendes Schülerrabatt-Netzwerk.....	19
17. Gläserne Note.....	20
18. Weil es nicht vom Geld abhängig sein soll!.....	21
19. Zu heiß, zu kalt? UNS AUCH!.....	22
20. Schulsupport für alle Schulen.....	23
21. Mental Health Matters!.....	24
22. Inklusion ein Muss an jeder Schule!.....	26
23. Softskills im Unterricht.....	27
24. Einführung der Gebärdensprache als Freifach an allen Wiener Schulen.....	28
25. Recht und Politik am Stundenplan.....	29
26. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler:innen.....	30
27. Ruheräume für Alle!.....	31
28. Religionsausübung in der Schule – Ein Recht für alle.....	32
29. Der Weg zur Europäischen Schule.....	33
30. Mitbestimmung auf allen Ebenen.....	34
31. Frontalunterricht ist sowas von out!.....	35
32. Mädchenvertretung, jetzt!.....	36
33. Selbstdisziplin und Emotionale Intelligenz.....	37
34. Kein Platz für Rechtsextreme an Wiener Schulen!.....	38
35. Module statt Monotonie!.....	39
36. Anonymisierte Korrektur in der Schule.....	40
37. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“.....	41
38. Autonomie und Entpolitisierte Schule – Schulversuch Österreich.....	42
39. Sei eine Avocado!.....	43
40. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite.....	44
41. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist.....	45
42. „Das Internet ist für uns alle Neuland“.....	46
43. Diskutieren geht über Studieren.....	47
44. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen.....	48
45. Bleibt weltoffen!.....	49
46. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung.....	50

47. Erste-Hilfe-Kurs: Lebenswichtig.....	51
48. Anonymisierte Korrektur in der Schule.....	52
49. Use your time wisely.....	53
50. Gewaltig gegen Gewalt!.....	54
51. Choose your Player / Teacher.....	55
52. Verpflichtendes Lehrer:innen Feedback.....	56
53. Paper-and-Pencil-Aufgaben, dass Konzept aus der Zukunft?.....	57
54. Echter Klimaschutz in der Schule.....	58
55. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe).....	60
57. Erdbeerwoche – kein Problem!.....	62
58. Internship your life.....	63
59. Schule ohne Gott und mit Verstand.....	64
60. Öffis nützen – selbst schützen.....	65
61. Let’s talk about sex, baby!.....	66
62. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt.....	67
63. Fair Play im Zeugnis.....	68
64. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget.....	69
65. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!.....	70
66. What to do after school? – Zivil oder Wehrdienst: der Zwiespalt.....	71
67. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft.....	72
68. Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen.....	73
69. Sprich dich stark!	74



1. Schwächen streichen, Stärken reichen!

Antrag von: *Emilia Eckmüller, AHS Heustadelgasse*

Louis Oberhammer, pG Favorietenstraße 15

Lorenz Unger, GRG 19

Wer bestimmt eigentlich unsere Schullaufbahn? Definitiv nicht wir! Am Ende der 4. Klasse stehen wir vor der großen Entscheidung wie unsere Zukunft aussehen soll. Einige haben das Glück, schon eine ungefähre Ahnung zu haben in welche Richtung sie gehen wollen. Diese Entscheidung fällt aber oft in viel zu jungen Jahren, denn diejenigen, die noch keine Aussicht haben, wo ihre Stärken liegen, entscheiden sich für die weiterführende Oberstufe. Hier ist meistens kein Platz für Individualität. Bis zur Matura wird man mit blanken Fakten zgedröhnt.

Du bist nun an einer gewissen Richtung interessiert, beispielsweise Finanzbildung, Medizin oder Jus? Tja, zu spät, für diese Sachen ist jetzt kein Platz mehr. Hauptsache durchkommen, Stärken komplett ignorieren, Förderstunde für Förderstunde, um in Mathe oder Latein durchzukommen. Sollte man nicht die Möglichkeit haben, an seinen Stärken zu arbeiten, neue Dinge auszuprobieren, die vielleicht für die eigene Zukunft bedeutend sein könnten?

Viele sind z.B. sehr begeistert an Politik & unserem Schulsystem und möchten gemeinsam mit vielen anderen motivierten Schüler:innen an unserem Schulsystem arbeiten und Dinge voranbringen. Aufgrund weniger Schwächen in ein paar Fächern, wird einem dann aber oft in der Schule eingesagt, man sollte lieber nicht Schulsprecher:in werden und sich stattdessen nur auf seine Noten konzentrieren. Manche stellen sich trotzdem auf, und werden dann von Lehrer:innen ermahnt, dass man den Job nicht so ernst nehmen soll, da Mathe angeblich viel wichtiger ist, obwohl die eigenen Stärken ganz wo anders liegen und vielleicht sogar auf dem späteren Karriereweg wichtig sein könnten.

Wir werden in unserem Schulalltag extrem abgebremst und eingeschränkt, weswegen wir keine Chance auf persönliche Entwicklung haben. Schwächen sollten zwar so gefördert werden, um eine möglichst flüssige Schullaufbahn zu ermöglichen, trotzdem muss noch Freiraum für die Entwicklung eigener Stärken liegen. Wir fordern, dass die Wahlpflichtgegenstände in den AHS-Schulen ausgebaut werden, Schüler:innen mehr Möglichkeiten und mehr Entscheidungsfreiheit haben, anstatt ein Fach zu vertiefen, das wir sowieso schon im Stundenplan haben.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen ihren Stundenplan bis zu einem gewissen Grad selbst mitgestalten können.
- An Schulen mit Wahlpflichtfächern soll das Angebot erweitert werden, um Schüler:innen echte Wahlfreiheit, und nicht nur Mathe+ oder Deutsch+ zu geben.
- Schüler:innen sollen in schwierigen Fächern gezielte Unterstützung erhalten, um das nötige Niveau zu erreichen, ohne dafür unverhältnismäßig viel Zeit aufwenden zu müssen.

2. Modernisierung des Notensystems

Antrag von: Paul Harms, HLTW 13 Bergheidengasse

Die Leistungsbeurteilungsverordnung. Eine Verordnung, die auf die §§ 18, 20, 21 und 23 des SchUGs eingeht und konkretisiert und eine Basis zur Beurteilung der Schülerinnen und Schüler bildet. Jedoch ist die Basis noch immer nicht konkret genug und bietet den Lehrkräften viel Spielraum, wodurch man für dieselbe Leistung bei einer anderen Lehrperson eine ganz andere Note bekommen könnte. Um die derzeitigen Ungleichheiten in der Bewertung der Schüler zu beheben, braucht es die Konkretisierung der LBVO. Sie bildet das Rückgrat unseres schulischen Bewertungssystems und muss dadurch dafür sorgen, dass man für eine bestimmte Leistung unabhängig von der Lehrperson dieselbe Note erhält.

Es ist unbestreitbar, dass Lehrkräfte unterschiedliche Interpretationen der LBVO haben und diese je nach persönlichen Präferenzen und Stilen in der Bewertung der Schülerinnen und Schüler anwenden. Dies führt zu einem Mangel an Transparenz und Konsistenz in der Leistungsbeurteilung, was letztendlich dem Einzelnen schadet. Schülerinnen und Schüler sollten nicht aufgrund der persönlichen Vorlieben eines Lehrers benachteiligt werden. Eine transparente und gerechte Leistungsbeurteilung ist von entscheidender Bedeutung für das Wohlbefinden und die Motivation der Schülerschaft. Indem die LBVO konkretisiert wird, setzen wir einen wichtigen Schritt, um sicherzustellen, dass alle die gleichen Chancen erhalten und ihr volles Potenzial entfalten können.

Forderungen:

- Konkretisierung der LBVO
- Einbindung von der gesamten Schulpartnerschaft (Lehrpersonen, Eltern und Schüler:innen) in der Konkretisierung der LBVO.
- Regelmäßige Kontrolle des Wissensstandes der Schüler:innen im Unterricht



3. AHS – Was dann?

Antrag von: Moritz Lindner, AHS St. Ursula

Die AHS soll einen breiten Einblick in die verschiedensten Fächer geben, damit man als Absolvent oder Absolventin die freie Wahl bezüglich des Studiums hat. Viel zu kurz kommt dabei aber ein konkreter Einblick in die Zeit nach der Matura. Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler ist sich selbst kurz vor der Matura unsicher in welchem Bereich sie später studieren und oder arbeiten möchten. Natürlich hat man zu diesem Zeitpunkt noch Zeit sich zu informieren jedoch fehlt an sehr vielen. Schulen schlicht weg das Material und Angebot hierfür. Um allen Schülerinnen und Schülern der Wiener AHSen die Möglichkeit einen Einblick in die Berufs- und Studienwelt zu geben, schlage ich die Einführung von freiwilligen berufspraktischen Tagen, einen Informationstag zu möglichen Studiengängen und die Bereitstellung von Infomaterial bezüglich Praktika vor. Dadurch könnte sich jede Schülerin und jeder Schüler auf freiwilliger Basis in den verschiedensten Bereichen einen guten Eindruck verschaffen, was meiner Meinung nach für alle nur von Vorteil ist.

Forderung:

- Einführung eines 4 stündigen Studieninformationstag in der 7. Klasse AHS
- Anrecht auf jährliche, freiwillige berufspraktische Tage im Rahmen von 1 Woche für alle Schülerinnen und Schüler (deren Lehrerfolg dadurch nicht gefährdet wird) der Sekundarstufe II einer AHS
- Bereitstellung von Infomaterial zu möglichen Praktika an allen AHSen Wiens



4. Gesundheits- und Ernährungslehre

Antrag von: Marko Avramović-Filca, VBS Schönborngasse

Warum sollten Schulen sich überhaupt in unsere Ess- und Lebensgewohnheiten einmischen? Ist es wirklich Aufgabe des Bildungssystems, uns Schüler:innen vorzuschreiben, was „gesund“ ist und was wir essen sollen?

Die Antwort: JA, denn die Realität zeigt, dass immer mehr Jugendliche unter den Folgen falscher Ernährung und Bewegungsmangel leiden. Von Übergewicht bis hin zu ernährungsbedingten Erkrankungen. Ein fundiertes Wissen über gesunde Lebensführung kann präventiv wirken und gibt Schüler:innen die Werkzeuge, um selbstbestimmt und gesundheitsbewusst zu leben. Durch Implementierung von Gesundheits- und Ernährungslehre im Unterricht lernen wir, verlässliche Informationen von Marketingtricks zu unterscheiden und langfristig selbst Verantwortung für unsere Gesundheit zu übernehmen. Gesundheits- und Ernährungslehre ist kein „Luxus“, sondern eine Notwendigkeit für unsere gesunde Zukunft.

Forderung:

- „Ernährung“ als Fach in allen Schultypen der Sekundarstufe II auf Basis des Ernährungsunterrichts der Tourismus- und Wirtschaftsschulen.
- Erhöhung der Stunden des Sportunterrichts.
- Aktive Förderung der Schule für Vereinssport und Gym-Memberships
 - Finanzielle Unterstützung für Schüler:innen die sich eine Vereinsmitgliedschaft oder Gym-Membership nicht leisten können
- Die Leistungsbeurteilung im Sportunterricht auf die sportliche Entwicklung und Leistungskurve beziehen, nicht auf die punktuelle Leistungen des/der Schüler:in
- Bei Übergewicht oder chronischer Unsportlichkeit des/der Schüler:in ein verpflichtendes Lehrer-Eltern-Gespräch, gekoppelt mit einem Ernährungsberater.
- Gesundes, nachhaltiges und regional/saisonales Angebot in Schulkantinen.
 - Schulen bekommen Prämien, bei Bevorzugung von Angeboten dieser Art.
- Nur mehr Wasser-Schulen in Wien, keine Softdrinks mehr in Automaten.
- Nach jeweils 2 Unterrichtseinheiten müssen 5 Minuten des Unterrichts der darauffolgenden Stunde mit einer körperlichen Aktivität der/des Schüler:in gemeinsam mit der Lehrkraft ausgeführt werden.
- Über gesundes/ungesundes Essverhalten und mögliche Esssucht mit Hilfe eines Workshops in der ersten Stufe der Sekundarstufe II aufklären.
- Kampagne der BD zur Aufklärung über Body Shaming und die Auswirkungen von Social-Media in Bezug auf diese Problematik.
- „Gesunde Jause“ als Klassen Stärkung Projekt im Zuge des Ernährungsunterricht als Abschlussarbeit
- Kooperationen mit in der Nähe der Schule gelegenen Einkaufsmöglichkeiten nach dem Konzept Flo Riedl mit dem Zusatz
 - Ein Schüler:innenangebot soll erstellt werden das sowohl kostengünstig als auch gesund ist.

5. Flexibilität? Ja, bitte!

Antrag von: Moritz Lindner, AHS St. Ursula

Jeder Mensch ist individuell. Doch in der Schule kommt Individualität derzeit leider viel zu kurz. Genau das zeichnet sich auch beim Lerntempo der Schülerinnen und Schüler ab. Während eine Person ein Stoffkapitel im Unterricht vielleicht sofort versteht, tut sich eine andere Person schwerer. Das ist menschlich. Denn Jeder und Jede hat unterschiedliche Stärken. Um die eigenen Stärken und Schwächen in der Schule optimal einsetzen zu können, spreche ich mich für eine verstärkte Nutzung des Schulversuches „Flexzeiten“ ein. Dieser ermöglicht es Schülerinnen und Schülern durch eine Kürzung der Unterrichtsstunden auf 43 Minuten und zusätzliche, frei nutzbare, Lernstunden ihre Zeit optimal einzuteilen und sich vermehrt auf schwerere Themen fokussieren zu können und nicht zum 4. Mal das einfachste Thema durchgehen zu müssen. Dies würde nicht nur die Lerndynamik innerhalb der Klasse optimieren, sondern auch zu einem besseren Verständnis des Stoffes führen.

Forderung:

- Kürzung der Unterrichtseinheiten in der AHS Oberstufe auf 43 Minuten
- Einführung der Flexzeiten an allen AHS Oberstufenklassen
- Die LSV soll die Bildungsdirektion dazu auffordern, die Flexzeiten als Schulversuch anzubieten



6. Schüler*innen als Gestalter der Schulgemeinschaft

Antrags von: Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Farah Denno, AHS Fichtnergasse

Mika Moser AHS Maculargasse

In der Schulgemeinschaft werden oft wichtige Entscheidungen getroffen, nicht selten werden wir Schüler_innen in diesen Entscheidungsfindungen überhört oder der_die Schulsprecher_in wurde nicht genügend über sein_ihr Amt aufgeklärt und hat nicht das nötige Knowhow, um mitzureden. Deswegen ist es an der Zeit, Schulsprecher*innen, die neu in der SV sind und sich nicht wirklich auskennen, zu unterstützen hochwertige Vertretungsarbeit zu leisten. Ein sehr guter Weg Schüler_innen, als SV, zu vertreten sind schulinterne Schüler_innenparlamente. Nicht direkt um Entscheidungen zutreffen, sondern damit sich die SV durch die Abstimmungen der Oberstufe ein ungefähres Meinungsbild, was die Schüler_innen brauchen/wollen, bilden können. Damit dies nicht ausartet, braucht es ein von der LSV ausgearbeitetes Konzept, wie man als SV am besten ein produktives und konstruktives schulinternes Schüler_innenparlament abhalten kann.

Forderungen:

- Die LSV soll ein Konzept ausarbeiten, um SVen zu unterstützen, schulinterne SiPs abzuhalten.
- Die LSV soll bei Nachfrage, SVen bei der Durchführung schulinterner SiPs unterstützen.
- Es soll Konsequenzen für Schulleitungen geben, wenn diese die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von Schüler*innen nicht ausreichend wahrnehmen.



7. 360° Feedback an Schulen

Antrag von: Sebastian Almarales Barbán, Döblinger Gymnasium G19

Tag für Tag werden wir Schülerinnen und Schüler von unseren Lehrerinnen und Lehrern benotet, umgekehrt geschieht das fast nie. Dennoch gibt es einige Lehrkräfte, bei denen ein solches Feedback aber dringend notwendig wäre.

Natürlich erfüllt man in der Unterstufe noch nicht die dafür notwendige Reife, in der Oberstufe aber schon. Um auch Lehrerinnen und Lehrern ein konstruktives, anonymes Feedback zu ermöglichen, wäre ein Lehrer:innenfeedback eine fantastische Möglichkeit, schließlich kann man sich stets verbessern und weiterbilden.

Ich denke jeder und jede von uns hat sich so eine Möglichkeit schon einmal gewünscht, weshalb ich die Einführung eines solchen Feedbacks fordere.

Forderungen:

- Einführen eines anonymen Lehrer:innenfeedbacks an Schulen, welches ab der Oberstufe, durch die Beantwortung offener Fragen die Kompetenzen der Lehrkräfte misst
- Verpflichtung der Schulleitung, mit den Lehrerinnen und Lehrern über die Ergebnisse des Feedbacks zu reden



8. Wirtschafts- und Finanzbildung

Antrag von: Laura-Marie Tawrowsky, Dominikanerinnen

Wie schließt man einen Mietvertrag ab?

Wie beantrage ich Studienbeihilfe?

Wie mache ich einen Steuerausgleich?

Das sind alles Fragen, die ich nach meiner Schullaufbahn in einem Gymnasium nicht beantworten kann. Keineswegs sind das Fragen, die schwierig aufzuklären sind. Deswegen halte ich es für richtig, wenn die Schule die Gelegenheit nutzt und es kurz vor Ende der Schullaufbahn den Schülerinnen und Schülern mitgibt.

Es eignet sich also, in der Sekundarstufe 2 in einem Schuljahr das Fach Wirtschafts- und Finanzbildung zu unterrichten.

Forderung:

- Einführung des Unterrichtsfaches „Wirtschaft- und Finanzbildung“ anhand von alltäglichen Beispielen wie Verträgen, Beihilfen, etc. Dieses soll in einem Schuljahr der Sekundarstufe 2 zu je einer Wochenstunde stattfinden.
- Förderung des Austausches der Schülerinnen und Schülern mit Finanzexperten
- Die explizite Erklärung und Darstellung diverser Wirtschaftssysteme und -strukturen, welche im Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ implementiert sind.
- Ermöglichung verschiedener Veranstaltungen und Expeditionen in wirtschaftsbezogene Institutionen wie beispielsweise die österreichische Nationalbank.



9. Weg von eurozentrischen Perspektiven!

Antrag von: Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Mika Moser, AHS Maculangasse

Die Förderung interkultureller Bildung und Diversität im Lehrplan ist entscheidend für das Vertiefen des Verständnisses und die Wertschätzung unterschiedlicher kultureller Hintergründe. Durch die Erkundung und kritische Reflexion von Lehrinhalten aus verschiedenen Kulturen, Ethnien und Kontinenten werden Schüler_innen nicht nur zu weltoffenen und global denkenden Individuen herangebildet, sondern auch zu aktiven Gestaltern einer pluralistischen Gesellschaft. Diese Bildungsansätze eröffnen neue Perspektiven und fördern ein tieferes Verständnis für soziale Gerechtigkeit und Inklusion, indem sie Vielfalt als unverzichtbare Bereicherung für das gesellschaftliche Miteinander begreifen. Auf diese Weise trägt die Förderung interkultureller Bildung nicht nur zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Schüler_innen bei, sondern auch zur Schaffung eines inspirierenden Umfelds, das Vielfalt aktiv fördert und als zentralen Wert einer gerechten und inklusiven Gesellschaft hervorhebt.

Forderungen:

- Einbeziehung von Lehrmaterialien, die verschiedene kulturelle Perspektiven und historische Ereignisse außerhalb Europas umfassen.
- Organisation von Workshops, Diskussionsrunden und kulturellen Veranstaltungen, die den interkulturellen Austausch fördern.
- Schulung für Lehrkräfte, um ihre interkulturelle Kompetenz zu stärken und ihnen zu helfen, eine diverse Schulgemeinschaft zu unterstützen.
- Regelmäßige Überprüfung der Lehrpläne auf ihre Vielfalt und Relevanz und kontinuierliche Anpassung an die sich verändernden globalen Realitäten und gesellschaftlichen Bedürfnisse.



10. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?

Antrag von: Deniz Helienek, BRG22

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG19

Wenn ein:e Schüler:in sich nicht gerade für einen wirtschaftlichen Schwerpunkt oder eine Schule mit Wirtschaftsschwerpunkt entschieden hat, ist es oft nahezu unmöglich, zu verstehen, wie die Wirtschaft funktioniert und was beim Thema Finanzen zu beachten ist, solange sie sich nicht in ihrer Freizeit aktiv damit beschäftigen.

Dies kann zwei schwerwiegende Folgen haben: Einerseits wird man, ohne genügend Grundwissen, oft zu Unrecht behandelt, da jene Akteure, die sich gut mit der Materie auskennen, das System zu ihrem Vorteil auszunutzen. Des Weiteren ist ein gewisses Basiswissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen unumgänglich, wenn man sich in der Demokratie beteiligen will, da diese Sparten oft zu den entscheidenden Punkten bei Wahlen zählen.

Genau deswegen finden wir es so wichtig, dass alle Schüler:innen die Bildung bekommen, die sie brauchen, um sich in der Welt zurechtzufinden. Immer wieder fallen in den Medien oder Werbungen Begriffe, wie beispielsweise Aktien, Kredite, oder der Verbraucherpreisindex, wovon viele junge Leute leider nur sehr wenig verstehen. Es ist von großem Vorteil, wenn man durch Unterrichtsfächer wie Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen kann. Außerdem ist es wichtig, Unternehmen zu verstehen und bereits Kindern beizubringen, wie man mit Geld richtig umgeht.

Forderungen:

- Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung altersgerechter wirtschaftlicher und finanzieller Bildung im Lehrplan aller österreichischen Schulen, da ein Grundwissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes, finanzielles Leben ist.
- Außerdem fordern wir, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Themen von Morgen, wie beispielsweise digitale Währungen, bereits heute unterrichtet werden.



11. Einbindung von Künstlicher Intelligenz in den Unterricht

Antrag von: Luca Prumüller, HTL22 Donaustadt
Farah Denno, BG13 Fichtnergasse

Die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) eröffnet neue und vielfältige Möglichkeiten für Bildung und Unterrichtsgestaltung. Der gezielte Einsatz von KI kann den Lernprozess individualisieren, Lehrkräfte entlasten und Schüler_innen auf die technologische Zukunft vorbereiten, die zunehmend von Automatisierung und digitalen Prozessen geprägt ist. Derzeit wird das Potenzial von KI im Bildungssektor jedoch nicht ausreichend ausgeschöpft. Viele Schulen haben keine klaren Leitlinien oder Programme, um KI-Technologien sinnvoll in den Unterricht einzubinden. Dies führt dazu, dass wertvolle Chancen zur Verbesserung des Lernens und der Lehrmethoden ungenutzt bleiben.

KI-gestützte Anwendungen könnten dabei helfen, den Unterricht auf die Bedürfnisse einzelner Schüler_innen zuzuschneiden, indem sie personalisierte Lernpläne erstellen und Schwachstellen frühzeitig erkennen. Sie könnten auch dabei unterstützen, Routineaufgaben zu automatisieren und den Lehrkräften so mehr Zeit für interaktive und kreative Lehrmethoden zu verschaffen. Dennoch gibt es auch Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz, ethische Fragestellungen und den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Technologien.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele Schüler_innen und Lehrer_innen nicht ausreichend über die Funktionsweise und den verantwortungsvollen Einsatz von KI informiert sind. Eine mangelnde Kenntnis in diesem Bereich kann zu einer unkritischen Verwendung und Missverständnissen führen. Um Schüler_innen auf die technologischen Anforderungen der Zukunft vorzubereiten und ihnen die Fähigkeit zu vermitteln, KI nicht nur zu nutzen, sondern auch zu hinterfragen, muss der Zugang zu entsprechenden Bildungsangeboten geschaffen werden.

Forderungen:

- Einführung von Unterrichtseinheiten, die den Umgang mit KI und deren Funktionsweise erklären, um das Verständnis und die Medienkompetenz der Schüler_innen zu fördern.
- Bereitstellung von Lehrmaterialien und Schulungen für Lehrkräfte zur sicheren und effizienten Nutzung von KI-gestützten Lernplattformen.
- Nutzung von KI-gestützten Lernhilfen, wie adaptiven Lernsystemen, zur individuellen Förderung von Schüler_innen.
- Entwicklung ethischer Richtlinien für den Einsatz von KI in Schulen, um den Datenschutz und die Privatsphäre der Schüler_innen zu wahren.
- Einführung eines Wahlpflichtfaches „KI und Zukunftstechnologien“, das theoretische und praktische Kenntnisse über KI vermittelt und Schüler_innen auf Berufe im Bereich der Technologie vorbereitet.

12. Limit überschritten!

Antrag von: Laurenz Repnik, TGM - Die Schule der Technik

Für einen optimalen Lernerfolg werden pro Klasse idealerweise 20 bis 25 Schülerinnen und Schüler empfohlen. In der Realität ist diese Klassengröße jedoch selten anzutreffen. Viele von uns besuchen Klassen mit bis zu 32 Schülerinnen und Schülern, in Ausnahmefällen sogar bis zu 35. Dies erschwert nicht nur die aktive Teilnahme am Unterricht, sondern macht es den Lehrkräften faktisch unmöglich, individuell auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Um dieser Problematik zu begegnen, ist eine gesetzliche Festlegung der Klassenschülerhöchstzahl in Wien dringend erforderlich. Wir schlagen daher eine Höchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse vor. In Ausnahmefällen, die von der zuständigen Bildungsdirektion genehmigt werden müssen, sollte eine maximale Klassenstärke von 30 Schülerinnen und Schülern möglich sein.

Forderungen:

- Einführung einer Klassenschülerhöchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.
- Genehmigungspflichtige Ausnahmeregelung: In begründeten Fällen darf die Klassengröße auf maximal 30 Schülerinnen und Schüler erhöht werden, wenn dies von der zuständigen Bildungsdirektion bewilligt wird.
- Erhalt bestehender Klassenstrukturen: Bereits bestehende Klassen sollten nicht aufgeteilt werden, um die gewachsenen Klassengemeinschaften nicht zu gefährden.



13. Du bist nicht du wenn du hungrig bist

Antrag von: Jacob Guberner, Geblergasse

Leon Rudan, Neulandschule Grinzing

Als unfreundlichste Stadt der Welt sind wir Wiener:innen bekannt für unseren (meist) gutgemeinten Grant. Der kann ja auch manchmal ganz charmant sein – weniger reizvoll wird er allerdings, wenn man hungrig ist. Nicht nur kennen das die meisten aus persönlicher Erfahrung, auch zahlreiche Studien bestätigen es: Wenn man „hangry“ ist, leidet darunter die eigene Stimmung und damit auch die des sozialen Umfelds. Das ist vielerorts ungünstig, aber erst recht im Klassenzimmer.

Leider herrscht an manchen Schulen ein kompletter Mangel an Möglichkeiten, seinen Hunger in einer leistbaren und gesunden Form zu stillen. Natürlich könnte man sich auch selbst vor Schulanfang Essen besorgen, aber nicht alle haben die Zeit oder das Geld dafür. Sie müssen dann bis Schulende oder zumindest bis zur langen Pause ohne eine Mahlzeit auskommen. Das ist nicht nur für die Klassendynamik schädlich, es beeinträchtigt auch einen effektiven Lernprozess. Denn dieser kann durchaus intensiv sein und uns Schüler:innen schnell erschöpfen. Mit adäquater Ernährung kann dem entgegengewirkt werden.

Viele Schulen lösen das, indem sie durch Automaten oder eine Kantine allen Schüler:innen eine Auswahl an leistbaren Speisen und Getränken anbieten. Doch es ist nicht nur wichtig, dass man isst, sondern auch, was man isst. Leider fehlt selbst Schulen mit Essensmöglichkeiten ein gesundes und zeitgemäßes Ernährungsangebot. Dadurch wird Schüler:innen, die sich gesund ernähren wollen, das Leben schwer gemacht – und generell unsere Gesundheit außen vor gelassen.

Forderungen:

- .Garantierte Essensmöglichkeiten an allen Wiener Schulen mit einem leistbaren, nachhaltigen und gesunden Angebot an Speisen und Getränken.



14. Antifaschismus immer und überall

Antrag von: Hussein Al-Hakeem, HTL Wien West

Antifaschistische Arbeit ist ein grundlegender Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft und hat wesentlich zur Etablierung und Verteidigung der Demokratie in Österreich beigetragen. In einer Zeit, in der rechtsextreme Kräfte, die sich offen zum Faschismus bekennen, versuchen, unsere Gesellschaft durch Verbreitung von Lügen und Desinformation zu spalten, ist es wichtiger denn je, diesen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten.

Rechtsextreme Ideologien zielen darauf ab, Ängste zu schüren, um gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Sie nutzen gezielt gesellschaftliche Unsicherheiten, um ihre Hetze zu verbreiten und Minderheiten zu diskriminieren. Diese Entwicklung bedroht nicht nur den sozialen Frieden, sondern untergräbt auch die Werte, auf denen unsere Demokratie basiert: Freiheit, Gleichheit, Respekt vor der Menschenwürde und Solidarität. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir als Jugendliche aktiv für Antifaschismus eintreten und ihn in allen politischen Instrumenten und Strukturen verankern.

Die Vertretung aller Schülerinnen und Schüler in Wien spielt hierbei eine zentrale Rolle. Sie sollte sich klar und unmissverständlich gegen rechtsextreme Ideologien positionieren und die Bedeutung antifaschistischer Arbeit in den Vordergrund rücken.

Durch Aktionen wie Workshops, Podiumsdiskussionen und Social-Media-Posts, die Etablierung von Aufklärung über rechtsextreme Ideologien im Lehrplan sowie einer klaren Distanzierung der LSV Wien von rechtsextremen Organisationen könnten wir ein starkes Zeichen gegen diese menschenverachtenden Gruppen setzen.

Indem wir uns aktiv für Antifaschismus engagieren, tragen wir dazu bei, unsere Demokratie zu stärken und ein Umfeld zu schaffen, in dem Vielfalt und Respekt für alle Menschen gefördert werden. Es liegt in unserer Verantwortung, gemeinsam für eine Zukunft zu kämpfen, die von Toleranz, Gerechtigkeit und Frieden geprägt ist.

„Es gibt keine Freiheit ohne Widerstand“ – Che Guevara

Forderung:

- Keine Zusammenarbeit der LSV Wien mit rechtsextremen Parteien und Organisationen!
- Mindestens ein/e Posting/Veranstaltung zur Aufklärung über den Faschismus!
- Aufklärung über rechtsextreme Ideologien in den Lehrplan etablieren!



15. Matura ohne Nervenzusammenbruch

Antrag von: Marie Charwat, KMD Modestraße

6 Abschlussprüfungen in kürzester Zeit. Das fordert nicht nur Nerven, sondern geht auch auf die mentale Gesundheit. Doch was wäre, wenn es eine einfache Lösung für dieses Problem gäbe? Viele unserer Schulfächer haben wir in unserem Abschlussjahr bereits abgeschlossen und nicht mehr am Stundenplan. Um den Maturantinnen und Maturanten also ein wenig Stress abzunehmen gibt es bereits an vielen Schulen die vorgezogene Matura. Bei dieser können die Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis bereits im Herbst des Abschlussjahres Ihre Matura belegen, wodurch sie im Juni deutlich weniger Stress haben. Das ist eine extrem coole Möglichkeit, gleichzeitig Maturantinnen und Maturanten, aber auch Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, nicht umsonst existiert das System bereits in sehr vielen Schulen und ist schulintern auf Wunsch der Schule jederzeit umsetzbar. Daher fordere ich die Einführung der vorgezogenen Matura an allen Schulen wie auch bei den Forderungen einsehbar.

Forderungen:

- Die Einführung der freiwilligen Möglichkeit an allen Schulen, in Pflichtfächern, die in der letzten Schulstufe nicht mehr unterrichtet werden, vorzeitig im Herbst zu maturieren



16. Schulübergreifendes Schülerrabatt-Netzwerk

Antrag von: Florian Riedl, Wien Business School Schönborngasse

In Wien gibt es bereits zahlreiche Angebote wie ein gratis Getränk zum Kebab oder preisreduzierte Schülermenüs. Diese Aktionen sind besonders in größeren Schulen, dank engagierter Schülervertretungen, keine Seltenheit mehr. In kleineren Schulen jedoch sind solche Angebote oft nicht vorhanden. Um vor allem diese Schulen zu unterstützen, würde eine umfassende Liste aller Schülerrabatte (ggf. in Zusammenarbeit mit weiteren Landesschülervertretungen, insb. der LSV NÖ und der LSV BGLD) helfen. Weiters könnte sich die LSV Wien darum bemühen „lokale“ Restaurantketten wie z.B Le Burger oder Max und Benito, sowie Supermärkte an Bord zu holen, um ein großes Rabattnetzwerk zu schaffen.

Forderungen:

- Erstellung einer zentralen Liste aller Schülerrabatte in Wien (und ggf. Umgebung)
- Aktive Bemühungen um neue Kooperationen mit Unternehmen



17. Gläserne Note

Antrag von: Julia Greilberger, Bundesgymnasium Wien 19

Jedes Schuljahr werden am Ende des Semesters kurz vor Notenschluss die Noten bekannt gegeben, dabei gibt es nicht selten böse Überraschungen. Oft kommt es vor, dass einer Schülerin oder einem Schüler die eigene Note nicht klar ist und man sich fragt, wie es eigentlich zu dieser Note gekommen ist.

Derzeit kann man sich als Schülerin oder Schüler jederzeit bei der eigenen Lehrerin bzw beim eigenen Lehrer über den aktuellen Notenstand informieren. Leider wird dieses Angebot viel zu selten in Anspruch genommen, da das Feedback meist undurchsichtig und nicht nachvollziehbar ist. Sollte die Beurteilung hier negativ ausfallen kann das oft zu Demotivation führen, die weder den Schülerinnen und Schülern, noch den Lehrerinnen und Lehrern nutzt.

Um hier klare Einsicht zu schaffen, wäre es notwendig, dass Schülerinnen und Schüler über das ganze Jahr hinweg die Möglichkeit bekommen, ihre Note digital in Kombination mit konstruktivem Feedback einzusehen. Dadurch könnte man sich Noten auch schon weit vor dem Semesterende ausbessern, was auch die Anzahl der Prüfungen vor dem Semesterschluss erheblich reduzieren würde. Davon würden Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls stark profitieren.

Im Angesicht der oben genannten Punkte fordere ich deshalb eine Umsetzung der oben beschriebenen gläsernen Note.

Forderungen:

- Die durchgehende Bereitstellung des aktuellen Beurteilungsstandes, gekoppelt mit konstruktivem Feedback für alle Schülerinnen und Schüler Wiens
- Die ständige Bereitstellung der Beurteilungskriterien online



18. Weil es nicht vom Geld abhängig sein soll!

Antrag von: Dejana Leimegger, AHS Amerlingstraße

Ist Bildung gerecht oder ungerecht? Über diese Frage kann man ewig diskutieren. Mein Standpunkt zu dem Thema ist folgender: Bildung ist ungerecht. Denkt man an Elternteile, die ihren Kindern Ausflüge, Klassenreisen, Sprachwochen und Skiurlaube mit der Schule finanzieren, kann es leicht finanziell eng werden.

Was mich an diesem Thema besonders stört ist, dass bereits Förderungen im Land und Bund bestehen, nur niemand davon weiß, man hat also ein Budget für Bedürftige, das leider nicht genutzt wird.

Forderung:

- Aussendungen der Bildungsdirektion an alle Elternteile der Schülerinnen und Schüler, bei denen sie über alle bestehenden Förderungen im Bereich Ausflüge/Reisen informiert werden.



19. Zu heiß, zu kalt? UNS AUCH!

Antrag von: Xinhao Du, Amerlinggymnasium

Die klimatischen Bedingungen in den Sommer- und Wintermonaten stellen Schüler:innen und Lehrkräfte zunehmend vor gesundheitliche Herausforderungen. Hohe Temperaturen in Klassenräumen führen zu Kreislaufproblemen, Kopfschmerzen und Erschöpfung, was nicht nur das Wohlbefinden der Schüler:innen beeinträchtigt, sondern auch ihre Konzentrationsfähigkeit und somit den Lernerfolg deutlich mindert. Es ist erwiesen, dass extreme Hitze die Lernfähigkeit reduziert und somit langfristig zu Defiziten in der schulischen Ausbildung führen kann.

Aber auch extrem niedrige Temperaturen stellen ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko dar, besonders für jene Schüler:innen, die mit dem Rad oder zu Fuß zur Schule kommen. Wenn sie schon durchgefroren im Klassenzimmer ankommen, leidet nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihre Konzentration. In solchen Fällen würde ein kältefreier Tag verhindern, dass Schüler:innen sich gesundheitlichen Gefahren aussetzen müssen, und wäre ein sinnvoller Schutz, um ihre schulischen Leistungen und ihr Wohlbefinden nicht zu beeinträchtigen.

Darüber hinaus könnten Schulen durch bauliche Maßnahmen wie Außenjalousien besser auf steigende Temperaturen reagieren. Außenjalousien sind eine kosteneffiziente Möglichkeit, um das Aufheizen von Räumen zu reduzieren und ein angenehmes Raumklima zu schaffen. Weniger Hitze bedeutet ein besseres Lernumfeld, in dem Schüler:innen konzentrierter und gesünder arbeiten können. Besonders in den Sommermonaten wären damit kühlere Klassenzimmer für alle Wiener Schulen gewährleistet.

Schließlich ist während Prüfungsphasen, wie bei der Matura, eine kühle und ruhige Umgebung entscheidend, damit die Schüler:innen ihr volles Potenzial ausschöpfen können. Hohe Raumtemperaturen führen auch hier zu Konzentrationsverlust und Erschöpfung, was gerade in entscheidenden Momenten unfair ist. Klimaanlage in den Maturaräumen könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten, um faire und leistungsfördernde Prüfungsbedingungen zu schaffen und so eine gesunde Grundlage für den Lernerfolg zu sichern.

Forderungen:

- Einführung von „Hitzefreien Tagen“ ab 30°C Raumtemperatur
- Einführung von „Kältefreien Tagen“ bei Außentemperaturen ab -15°C
- Ausstattung aller Wiener Schulen mit Außenjalousien
- Installation von Klimaanlage in Maturaräumen



20. Schulsupport für alle Schulen

Antrag von: Viktoria Chludzinski, Caritas Campus 22

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler steigt in Wien seit Jahren kontinuierlich. Zusammen mit diesen wächst aber auch der Bedarf an Schulsupportpersonal. Spätestens die CoVid 19 Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig mentale Gesundheit für Schülerinnen und Schüler ist.

Um diese zu gewährleisten braucht es zusätzlich zu den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ein breites Netzwerk an Schulsupportpersonal sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern um die Anliegen der Schülerinnen und Schüler gut zu lösen und ihnen gut weiterhelfen zu können. Schließlich ist die mentale Gesundheit ein maßgeblicher Faktor für den schulischen Erfolg!

Forderung:

- Ausbau von Schulsupportpersonal an allen Wiener Schulen
- Regelmäßige Fortbildung für Lehrkräfte im Bereich mentale Gesundheit



21. Mental Health Matters!

Antrag von: Lea Hemedinger, ORG1

Lorenz Unger, GRG 19

Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Dieser Antrag kommt euch bekannt vor? Er wurde schon gestellt. Und er wird weiter gestellt werden, bis die Politik uns anhört, denn Mental Health ist ein Thema bei dem man nicht schweigen kann.

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler:innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Die Jugend ist am meisten beeinflusst von der Klimakrise, viele haben keinen wirklichen Ausblick auf ihre Zukunft in 30-40 Jahren. Die Jugend leidet stark unter den aktuellen Krisen, viele junge Leute fürchten die Gewaltwellen aus der Ukraine, oder aus Israel/Palästina schwappen auch nach Österreich über. Doch wo bleibt die Politik?

Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums leiden über 30% der Schüler:innen in der 11. Schulstufe an Zukunftssorgen. Einschlafschwierigkeiten, Gereiztheit, Nervosität und Niedergeschlagenheit sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen(1). Auch die besonders schweren Fälle steigen, über 15% der 18-Jährigen haben bereits eine klinisch schwere depressive Episode erlebt(2).

Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog:innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog:innen an Schulen, die den Schüler:innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog:innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler:innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede:n Schüler:in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler:innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Forderung:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler:innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog:innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren

Forderung:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler:innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog:innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- Wir fordern eine ständige unabhängige Evaluierungskommission, die sich mit der Lage um Suizidprävention und mentaler Gesundheit an den Schulen Wiens beschäftigt, und dahingehend transparent Empfehlungen an Verantwortliche ausspricht.
- Wir fordern, dass bereits in der Unterstufe das Thema mentale Gesundheit in Form eines Workshops thematisiert wird, um den Schüler:innen eine möglichst frühe und neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen.
- Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Klassenvorständ:innen Fortbildungen mit Expert:innen zum Thema mentale Gesundheit bei Jugendlichen besuchen.
- Wir fordern eine zentrale Meldestelle in der Bildungsdirektion für Lehrer:innen, die das Thema mentale Gesundheit verharmlosen und Schüler:innen ein falsches Bild zu diesem Thema vermitteln.
- Wir fordern, dass an jeder Schule Wiens mindestens ein Workshop zum Thema Suizidprävention abgehalten wird. Die LSV kann hier nach Anfrage Organisationen die diese abhalten vermitteln.
- Wir fordern, dass bei einem Suizid oder einem versuchten Suizid eines/r Schüler:in mit sofortiger Wirkung eine Kommission eingesetzt wird, deren Aufgabe daraus besteht, das schulische Umfeld auf Mängel beim Thema Umgang mit mentaler Gesundheit zu untersuchen.

Anschauungsmaterialien:

- (1): Forderung:
- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler:innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog:innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden. Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- (2): <https://www.bildung-stmk.gv.at/dam/jcr:52ba099e-4c3d-45b4-8ad8-30be311370b3/Depressionen%20im%20Jugendalter.pdf>



22. Inklusion ein Muss an jeder Schule!

Antrag von: Mika Moser, AHS Maculangasse

Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Dieser Antrag soll auf eine Personengruppe an Schulen aufmerksam machen, die noch immer übersehen wird, Menschen mit Behinderung, die dem vorgesezten Lehrplan nicht folgen können. Diese dürfen nach der 1. Sekundarstufe nicht weiter die Schule besuchen, ihre Schulpflicht müssen sie trotzdem, meist ohne Abschluss in Werkstätten, beenden. Das führt zu einem frühen und absoluten Ausschluss aus unserer Gesellschaft. Um Personen mit Behinderung in den Schul-Alltag einzubeziehen, braucht es das System der Kleingruppe. Diese wird in vielen Fächern in den Unterricht miteinbezogen, in anderen werden sie von einer eigenen Lehrperson getrennt unterrichtet, so bleibt die Kleingruppe ein Teil der Klasse und der Standardlehrplan muss nicht verändert werden. Deswegen ist es an der Zeit, dass wir an Schulen spezialisiertes Personal, Barrierefreiheit und zugängliche Lehrpläne in die Realität umsetzen. Denn jede Person hat das Recht auf Bildung und einen Platz in unserer Gesellschaft.

Forderungen:

- Den Beruf als Sozialpädagog_in attraktiver gestalten und mehr Ausbildungsmöglichkeiten bieten
- Schulungen für Lehrpersonal, um Sensibilität und Kompetenz zu stärken
- Budget für den Ausbau zu barrierefreien Schulen in ganz Wien
- Das System der Kleingruppe einführen



23. Softskills im Unterricht

Antrag von: Konstantin Kronberger, Kundmannngasse

Wann überzeuge ich Lehrkräfte und Mitschülerinnen und Mitschüler von meinen Anliegen oder davon, dass sie mir eine gute Note geben sollten?

Meistens bei Referaten. Wenn sich die Frage stellt, wie ich das ganze mache, kann ich es ausgehend vom Wissen aus der Schule nicht beantworten. Weil ich mich ehrenamtlich engagiere, weiß ich, dass da Themen wie Rhetorik, Gestik, Mimik, ... mitspielen. Nur bin ich nicht die einzige Person, die dieses Wissen braucht. Es brauchen nämlich alle von uns und alle aus unseren Schulen. Es ist wichtig, dass man vor Leuten stehen und reden bzw. ihnen etwas präsentieren kann und dabei selbstsicher wirkt. Genau deswegen ist es wichtig, das auch an die breite Masse zu lehren.

Forderung:

- Verpflichtende Einführung einer unverbindlichen Übung für Rhetorik und Selfmarketing
- praxisbezogene Inhalte in dieser Übung wie zB Simulation eines Bewerbungsgespräch



24. Einführung der Gebärdensprache als Freifach an allen Wiener Schulen

*Antrag von: Arian Mossawat, BS für Elektrotechnik und Mechatronik
Mollardgasse*

Mein Name ist Arian Mossawat, ich bin 20 Jahre alt und bin im Bereich der Berufsschulen stellvertretender Landesschulsprecher. Wie viele von euch wissen, ist mein Gehör eingeschränkt. Deswegen fällt es mir um einiges leichter, in einem lauten Umfeld, in Form von Gebärdensprache zu kommunizieren. Weil aber die wenigsten Schülerinnen und Schüler Gebärdensprache im Unterricht lernen, geschweige denn ein Angebot besteht, möchte ich, dass dieses Angebot geschaffen wird.

Nicht nur für mich, sondern auch für tausende andere, die die gleichen Probleme mit mir teilen. Dies wäre nicht nur ein wichtiger Schritt in die Richtung der inklusiven und barrierefreien Schule, sondern auch entscheidend für unsere Gesellschaft.

Forderung:

- Gebärdensprache als Freifach in allen Wiener Schulen
- Förderung und Ausbau der Gebärdensprache im Regelunterricht an berufsbildenden Schulen, um Inklusion in den Berufsalltag zu bringen.



25. Recht und Politik am Stundenplan

Antrag von: *Louis Oberhammer, pG Theresianum*

Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinium

„Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“, ist ein bekanntes Zitat aus einem Brief Senecas an seinen Schüler, welches sich auch auf die heutige Zeit übertragen lässt, bedenkt man den aktuellen bundesweit normierten Lehrplan. Die Schule ist ein Ort des Erlernens sowie der Weiterentwicklung und je nach Schultypus mit differenziertem Schwerpunkt, doch gilt es den Auszubildenden grundlegende Kompetenzen, die unabhängig von ihrer weiteren schulischen Laufbahn essenziell sind, zu vermitteln. Lehrfächer wie Mathe, Deutsch oder Englisch erscheinen evident wichtig und unentbehrlich, sind dies die ersten Unterrichtsgegenstände die als substanziell konnotiert sind. Blickt man jedoch über den Tellerrand der ersten Assoziationen hinaus und in den Themenpool des außerschulischen Lebens hinein, kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass es an realitätsnahen und lebensbezogenen Lehrgegenständen mangelt. Zwar soll die Schule ein diverses Portfolio inkludieren, dies jedoch so ausgestallten, dass sämtliche Lebensbereiche abgedeckt sind.

Besonders auffallend und resultierend daraus paradox erscheint hierbei das Fehlen rechtlicher sowie politischer Bildung im Rahmen eines eigenen Unterrichtsfachs, angesichts der Signifikanz dieser Kompetenzen in der heutigen Zeit. Kaum ein anderer Aspekt umgibt und bestimmt unser tägliches Leben derartig wie Politik und Recht, wobei genau jene Lebensbereiche mit gewissen Vorbehalten und Skepsis behaftet sind. Diese gilt es nicht nur zu entkräften, sondern Aufklärungsarbeit zu leisten, um jedem die Partizipation am demokratischen Alltag zu ermöglichen.

Demokratie- und Gesellschaftspolitisch erscheint dieser Mangel dahingehend besonders gewichtig, da er dem Grundgedanken der Liberalisierung und des mündigen Bürgers entgegenwirkt, wenn nicht sogar torpediert. Konkludierend daraus ist die Aufnahme dieses Lehrgegenstandes damit verbunden, umfassend auf politische Fragestellungen allgemeiner und aktueller Natur einzugehen, sowie über die Ländergrenzen und im europäischen Sinne agierend, selbiges aufzubereiten. Weiters und damit einhergehend, gilt es die Grundzüge des Rechtssystems auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu beleuchten und Zusammenhänge herzustellen. So soll sichergestellt werden, dass es der Bevölkerung von jungen Jahren auf möglich ist sich in unserem Rechtsstaat zurechtzufinden und einzubringen.

Forderungen:

- Wir fordern, die Trennung des Lehrgegenstandes Geschichte von politischer Bildung, hingehend zu einem eigenen Fach „Recht und Politik“.
- Wir fordern eine spezifische und aktuelle Ausbildung des Lehrkörpers hinsichtlich dieser Erneuerung, um die Qualifikation sicherzustellen.
- Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Informationsmöglichkeiten an Schulen, zu unserem politischen sowie rechtlichem System.

26. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler:innen

Antrag von: *Louis Oberhammer, pG Theresianum*

Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, ORG1

Obwohl es in Wien über 160.000 Oberstufenschüler:innen und mehr als 750 aktive Schüler:innenvertreter:innen gibt, weiß nur ein Bruchteil, wie das SV-System auf Landes- oder gar auf Bundesebene funktioniert. Dies ist ein Problem, da es kaum Schüler:innen gibt, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie eigentlich vertreten werden. Das führt dazu, dass man gar nicht weiß, welche Entscheidungen über uns Schüler:innen durch unsere „Vertretung“ gefällt bzw. beeinflusst werden.

Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie nicht funktionieren kann, wenn dem Großteil der Schüler:innen gar nicht bewusst ist, wie ihre Vertretung funktioniert und wer dafür zuständig ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sollte die Aufklärung über das österreichische SV-System ein Teil des Lehrplans an allen Oberstufenschulen im Unterrichtsfach „Geschichte und politische Bildung“ sein. Die Politik des Hier-und-Jetzt, die unser Leben beeinflusst, ist eindeutig wichtig genug, um ein verpflichtender Teil des Lehrstoffs zu sein.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Aufklärung über das überschulische Schüler:innenvertretungssystem in den Lehrplan aller Oberstufenschulen vorhanden aufgenommen wird.



27. Ruheräume für Alle!

*Antrag von: Abd Al Majeed ABO HASSAN, HTL Wien West
Leon RUDAN, Alfred Wegener Gasse*

Ein stressiger Schulalltag verlangt nach Rückzugsorten, in denen SchülerInnen sich entspannen und regenerieren können. Besonders an BMHS-Schulen, wo Freistunden häufig vorkommen, wäre ein Ruheraum eine wertvolle Ergänzung. Er bietet die Möglichkeit, diese freie Zeit nicht nur zur Entspannung, sondern auch zum konzentrierten Lernen zu nutzen, was das Wohlbefinden und die schulische Leistung fördern könnte. Selbst Schulen ohne feste Räume könnten flexibel auf die Bedürfnisse der SchülerInnen reagieren, indem sie einen Plan erstellen, der zeigt, wann bestimmte Räume als Ruheraum genutzt werden können. So hätten alle SchülerInnen einen Zugang zu einem neutralen Raum, um sich zurückzuziehen, zu lesen, zu meditieren oder in einer ruhigen Atmosphäre zu lernen.

Das Ziel ist es, ein besseres Lernklima zu schaffen, das die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der SchülerInnen stärkt.

Forderungen:

- Unterstützung der LSV bei der Umsetzung von Ruhe- und Entspannungsräumen an allen Schulen.
- Errichtung von Ruhe- und Entspannungsräumen, die sowohl zum Entspannen als auch zum Lernen genutzt werden können.
- Erstellung eines flexiblen Raumplans für Schulen ohne feste Räume, um eine Nutzung als Ruheraum zu bestimmten Zeiten zu ermöglichen.



28. Religionsausübung in der Schule – Ein Recht für alle

Antrag von: *Abd Al Majeed ABO HASSAN, HTL Wien West*
Mehmet Alper GÖKCE, Bfi

SchülerInnen haben das Recht, ihre Freistunden nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten, da diese Zeit nicht zur regulären Unterrichtszeit gehört. Dazu zählt auch das Recht auf freie Religionsausübung, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum. Gemäß Artikel 10 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert. Dieses Recht umfasst die Freiheit, „seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterweisung, Bräuche und Riten zu bekennen“.

Ebenso sichert Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) das Recht auf Religionsfreiheit. Dieses beinhaltet die Möglichkeit, seine Religion öffentlich oder privat durch religiöse Handlungen, wie etwa das Beten, auszuüben. Im österreichischen Schulrecht regelt das Schulunterrichtsgesetz (SchUG), dass Freistunden nicht zur Unterrichtszeit zählen. Daher können SchülerInnen diese Zeit frei nutzen, solange der Schulbetrieb nicht gestört wird.

Das Ziel ist es, eine inklusive Schulkultur zu fördern, in der alle SchülerInnen ihre Religion frei und gleichberechtigt ausüben können. Dies trägt zu einem respektvollen und vielfältigen schulischen Klima bei.

Forderungen:

- Anerkennung des Rechts, Freistunden für religiöse Praktiken wie das Beten zu nutzen, in Übereinstimmung mit Artikel 10 der EU-Grundrechtecharta und Artikel 9 der EMRK.
- Sicherstellung, dass SchülerInnen ihre Religionsausübung in einer respektvollen Atmosphäre während der Freistunden ohne Einschränkungen durchführen können.
- Förderung einer inklusiven Schulkultur, die das Recht auf Religionsfreiheit respektiert und unterstützt.



29. Der Weg zur Europäischen Schule

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lorenz Unger, GRG19

Lisa Gubler, pG Infinum

Lea Hemedinger, ORG1

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht. Anfang November wurde erneut ein mehrfach verurteilter Straftäter zum mächtigsten Menschen der Welt gewählt. Was zeigt das? - Dass wir uns nicht auf unsere Kollegen in den USA verlassen können. Stattdessen müssen wir jetzt mehr denn je die Vision eines gemeinsamen europäischen Zusammenlebens stärken, angefangen im Bereich der Bildung, um geschlossen gegen den Wahnsinn auf der globalen Bühne zu stehen. Doch die Realität sieht anders aus: Statt gemeinsame Standards zu fördern und den Austausch über Grenzen hinweg zu erleichtern, stecken wir in endlosen Reformüberlegungen fest. Wir schaffen nationale Einzellösungen, was Europa in ein "Europa der Einzelnen" verwandelt – so werden wir international unmöglich mithalten können.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und den Uneinigkeiten der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven. Das bremst nicht nur ihre persönliche Entwicklung, sondern schwächt auch unsere Einheit und unser gemeinsames Potenzial.

Europa sollte nicht nur die Geschichte und Gegenwart einzelner Länder aufarbeiten, sondern die europäische Geschichte und die Entwicklungen der Einzelstaaten in den Mittelpunkt rücken. So können Schüler:innen unsere komplexe Vergangenheit besser verstehen und für aktuelle Entwicklungen sensibilisiert werden.

Ein vereintes Europa sollte wichtige Prozesse vereinheitlichen, besonders in der Bildung, dabei aber auf die Vielfalt der Sprachen und der Bildungswege Rücksicht nehmen.

Projekte wie Erasmus+ erleichtern die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Aber die unterschiedlichen Abschlüsse in Europa machen es schwer, alle Jugendlichen gleich einzubinden. Die Zentralmatura in Österreich zeigt, dass einheitliche Abschlussprüfungen dabei helfen können, Bildungsunterschiede zu reduzieren und "Prüfungstourismus" zu verhindern. Es ist auch wichtig, soziale und wirtschaftliche Unterschiede abzufedern und Förderungen treffsicherer einzusetzen.

Kurz gesagt, wir brauchen eine echte europäische Bildung, gemeinsame Standards und mehr Austausch zwischen den Ländern. Nur ein geeintes Europa hat überhaupt eine Chance, sich vor dem Chaos auf der Welt zu schützen.

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen, um die Wichtigkeit der EU aufzuzeigen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.

30. Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Antrag von: *Carla Staudinger, BRG8 Feldgasse*

30 Stunden. So viel Zeit verbringen wir jede Woche in der Schule. Und genauso viele Stunden in der Woche verbringe ich in einem Unterricht bei dessen Gestaltung ich in keinster Weise mitbestimmen kann. Das muss sich ändern.

Die Schule sollte nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch der Vorbereitung auf die Zukunft sein, ein Ort, an dem wir uns voll entfalten können. Die Tatsache, dass wir in der Schule nicht die Möglichkeit haben, uns zu spezialisieren; uns in bestimmten Bereichen intensiver auf unseren nächsten Bildungsweg vorzubereiten lassen, ist nicht zukunftstauglich. Die Möglichkeit uns in der Schule miteinzubringen und proaktiv zu entscheiden womit wir unsere Tage verbringen ist eine der wichtigste Weichen, die wir für die Bildungswende stellen können. Eine Schule, die diese Möglichkeit nicht bietet, läuft Gefahr, ihre Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend auf die vielfältigen Anforderungen des Lebens vorzubereiten. Hiermit wird außerdem die Eigenverantwortlichkeit der Schüler:innen gestärkt und ihre Selbstständigkeit und Selbstorganisation gefördert. Im Bildungssystem von morgen gibt es keinen Platz für inflexible, starre Stundentafeln – genau deswegen sollten wir jetzt damit beginnen sie zu hinterfragen.

Forderungen:

- Die Möglichkeit ab der Sekundarstufe II die Stundentafel innerhalb eines bestimmten Rahmens mitzubestimmen
- Den Bildungsgrad innerhalb eines Faches durch die Wahl eines von mehreren Kursen zu verändern
- Die Einführung der Modularen Oberstufe an allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen Wiens
- Die Einführung von Sportzyklen in der Sekundarstufe 2



31. Frontalunterricht ist sowas von out!

Antrag von: *Carla Staudinger, BRG8 Feldgasse*

Ich glaube, wir können uns alle einig sein, dass um 25 Personen etwas beizubringen, der wohl schlechteste Weg ist vorne an der Tafel einen Vortrag zu halten. Doch genauso versucht das Schulsystem uns immer noch Wissen in unsere Köpfe zu zwängen und das 6 bis 10 Stunden am Tag. Dass dabei die Aufmerksamkeitsspanne nach spätestens der großen Pause weg ist, ist kein Wunder. Wir sagen ganz klar: Frontalunterricht ist im 21. Jahrhundert sowas von out!

Forderung:

- Ein Fokus auf interaktiven Unterricht in der Schule
- Einen Rückgang von Frontalunterricht als Unterrichtsmethode
- Einen stärkeren Fokus auf Projektarbeit und fächerübergreifenden Unterricht um Themen zu erarbeiten
- Vermehrt Expert:innen in den Unterricht einbeziehen



32. Mädchenvertretung, jetzt!

Antrag von: *Florian Wiessner, HTL Donaustadt*
Victoria Kovacic, HTL Donaustadt
Ines Schöngrundner, HTL Donaustadt

Im Schuljahr 2022/23 gab es 254.089 Schülerinnen und Schüler in Wiener Schulen. 123.874 davon waren Schülerinnen. Auch wenn das auf den ersten Blick mit einem Prozentanteil von ca. 49% ganz ausgeglichen aussieht, sieht das in vielen Schulen und Schülerververtretungen nicht so aus. Da es oftmals vorkommt dass Schülerververtretungen meist, wenn nicht sogar ganz aus Schülern ohne auch nur einer Schülerin bestehen, werden die Bedürfnisse von Schülerinnen oftmals, wenn auch nur unbewusst, nicht beachtet. Das Konzept der Mädchenvertretung existiert bereits in Schulen (Z.B. HTL Donaustadt), hat jedoch keine rechtliche Existenzgrundlage und somit auch keine gesetzlichen Rechte.

Forderungen:

- Bei einem Schülerinnen Anteil von 30% oder weniger muss eine Wahl zur Mädchenvertretung unabhängig zur Wahl der Schülerververtretung stattfinden. Die Legislaturperiode dauert ein Jahr an, aktives und passives Wahlrecht hat jede Schülerin der Schule.
- Im Falle einer Mädchenvertretung hat der Schulleiter/die Schulleiterin die Einladung zum SGA nicht nur an die Stimmberechtigten, sondern auch an die Mädchenvertretung zu senden. Die Mädchenvertretung hat normales Rederecht, kein *Stimmrecht.



33. Selbstdisziplin und Emotionale Intelligenz

Antrag von: Ashley Hörmann, BSBK Meiselstraße

Wie der Psychologe Jean Piaget mal gesagt hat:

„Intelligenz ist das, was man einsetzt, wenn man nicht weiß, was man tun soll.“

Es gibt keine perfekte Art, um ein Kind zu erziehen. Genauso gibt es kein perfektes Modell wie eine Schule funktionieren sollte oder wie das Bildungssystem aussehen sollte.

Menschen lernen aus Erfahrungen und nicht aus dem Lernen.

Wie müsste daher unser Bildungssystem gestaltet sein, damit Menschen genau diese Fähigkeiten erlernen?

- Wissen im Sinne von Verstehen, nicht im Sinne von auswendig lernen.
- Die Fähigkeit, Wissen praktisch anwenden zu können.

Im Gegensatz zum Intelligenzquotienten (IQ), der sich nur wenig steigern lässt, können Menschen ihre soziale Kompetenz wesentlich schneller verbessern. Schüler: innen müssen lernen zu lernen, das heißt wie eignen sie sich ihr Wissen überhaupt an?

Wir Schüler: innen freuen uns nicht nur auf Fächer, sondern auf Menschen, die für uns Vorbilder sind. Lehrer: innen, die geschult wurden, Schüler: innen zu vermitteln wie ihr Mindset funktioniert, sind für mich ein Vorbild.

Forderungen:

- Workshops (mit Psychologen) für Lehrer: innen, die ihnen zeigen, wie man die Emotionale Stärke eines Menschen aufbaut.
- Frontalunterricht verringern.
- Im Unterricht sollten mehr Charaktereigenschaften wie Neugier, Mut oder Achtsamkeit gefördert werden.
- Der sogenannte „Marketplace“, Themen, Wünsche, To-Do Listen erlauben die Mitgestaltung in der Schule.
- Psychologie Workshops für die Oberstufe



34. Kein Platz für Rechtsextreme an Wiener Schulen!

Antrag von: Maya Villarreal Danzinger, GRG23

Hussein Al Hakeem, HTL Wien West

In den letzten Jahren sind Jugendliche mit zusätzlichen Krisen konfrontiert. Neben der Selbstfindung und zwischenmenschlichen Beziehungen kommen Kriege, Inflation, die Corona-Pandemie und die Klimakrise hinzu, die die Hoffnung auf ein erfülltes Leben erschweren. Es ist daher kein Wunder, dass sich immer mehr Jugendliche allein und von Politiker:innen im Stich gelassen fühlen, was zu einer zunehmenden Radikalisierung führen kann – derzeit vor allem in eine rechtsextreme Richtung. Die rechte Agenda tritt immer stärker in den Vordergrund und spaltet die Gesellschaft.

Auch an Schulen zeigt sich dieses Verhalten: Der Schulalltag wird zunehmend von Schüler:innen und Lehrer:innen geprägt, die von Hass, Intoleranz, Rassismus und Sexismus beeinflusst sind. Dabei sollte sich jede*r an unseren Schulen sicher fühlen können! Das gelingt nur, wenn wir Diskriminierung und Hass keinen Raum geben. Wir als Schülervertreter:innen können und sollten uns dafür einsetzen, denn es ist höchste Zeit, rechtsextremen Tendenzen an Wiener Schulen vorzubeugen und diese zu stoppen!

Forderungen:

- Verankerung von Aufklärungsarbeit hinsichtlich Extremismus im Lehrplan
- Backgroundchecks bei Einstellung von Lehrpersonal an Wiener Schulen zu (rechts-)extremistischen Verbindungen
- Veranstaltungen von Workshops über (Rechts-)extremismus und Aufklärungsarbeit von der LSV



35. Module statt Monotonie!

Antrag von: Klara Kremel, AHS Boerhaavegasse

Lorenz Unger, GRG 19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Schule ist ein Ort, der uns auf das spätere Leben vorbereiten soll. Aber im Moment ist das eine Fehlanzeige. Es gibt keine Flexibilität an Schulen, und das hält uns alle davon ab, an unseren individuellen Stärken zu arbeiten. Jeder muss sich an denselben Stundenplan halten, ohne irgendeine Entscheidungsmacht darüber zu haben. So wird auch nicht berücksichtigt, welche Interessen diese Person hat.

Dies müssen wir dringend ändern! Wir schlagen vor, dass Module angeboten werden, welche ab der Oberstufe für jede/n Schüler:innen zu Verfügung stehen. Von diesen sollte es möglichst viele geben um eine breite Auswahl zu gewährleisten. Mit solchen Modulen können Schulen den Interesse der Schüler:innen deutlich näher kommen als mit dem 0815 Unterricht.

Zwischenschulische Kooperationen sollen hierbei auch in den Vordergrund rücken.

Module, die nicht so stark besucht werden, sollen trotz dergeringen Nachfrage stattfinden können, indem sich naheliegende Schulen zu Clustern zusammenschließen, und Module schulübergreifend anbieten, falls diese an einer Schule nicht zustande kommen würden.

Desweiteren braucht es dringend Angebote für Lehrkräftefortbildung, da dieses System auch für Lehrer:innen ein großer Umstieg ist. Diese würden dazu führen, dass sich Lehrer:innen wohler fühlen, und besser unterrichten können

Dies funktioniert bereits in einigen Schulen in Wien. Das Modulare System bringt allein schon den Vorteil das wir nicht alle in dieselbe Schublade stecken. Am GRG19 zum Beispiel können Schüler:innen bereits aus 60 verschiedenen Modulen auswählen, und in diesen sogar maturieren.

Forderungen:

- Wir fordern die Ausweitung der MOST auf alle Wiener AHSen, hierbei soll darauf geachtet werden, dass eine möglichst große Anzahl an Modulen an jeder Schule angeboten werden, und auch stattfinden können.
- Desweiteren soll möglichst viel auf zwischenschulische Kooperation gesetzt werden, um nicht so stark besuchte Module trotz Lehrer:innenmangel anbieten zu können.
- Diese Ausweitung soll am Vorbild bereits funktionierender Schulversuche der MOST ablaufen.
- Außerdem fordern wir Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer:innen, um diese optimal auf das neue System vorzubereiten.



36. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Deniz Helienek, GRG22

Zurzeit ist die Lehrkraft für Schüler eine Mischung aus Freund und Feind, da sie zum einen den Coach stellt, zum anderen aber auch den Prüfer / die Prüferin. Dadurch entsteht ein gespaltenes Verhältnis zwischen den zwei Parteien.

Dem kann man entgegenwirken, indem man eine andere anonyme Lehrkraft Test und Schularbeiten der Schüler / die Schülerin korrigieren lässt. Dadurch ist die Lehrkraft, welche der Schüler / die Schülerin in dem Fach primär zugeteilt ist, nur mehr der Coach, welcher die Schüler zu einem positiven Ergebnis bringen will.

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Test etc. in der Schule von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem Schüler / der Schülerin stehen.



37. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, GORG20

Lisa Gubler, pG Infinum

Die Oberstufe - Erhöhter Stress, erhöhte Schularbeitsdichte, höher erforderte Selbstständigkeit und eine höhere Anzahl an Wochenstunden, gerade an BMHSen. Dadurch ist es oft schwer für Schularbeiten/Tests/Wiederholungen aber auch generell Zeit zum Lernen für die Fächer einzuplanen, in denen man eventuell leistungsschwächer ist. Jede:r hat Fächer in denen er/sie schwächer ist, und wo es notwendig wäre den Fokus mehr auf diese zu legen, man muss jedoch generell immer in allen Unterrichtsfächern anwesend sein und die Lernschwerpunkte in seiner Freizeit setzen. Sinnvoller wäre es in den Fächern, in denen man leistungsstärker ist, die Stunden in denen man Anwesend ist vermindern zu können. Diese Möglichkeit bietet das SchuUG jedoch leider nicht. Eine Reform würde hier aus unserer Sicht sehr nützlich sein. Nicht nur um den Schüler:innen mehr Selbstständigkeit die „School-Life-Balance“ mehr ins Gleichgewicht zu bringen, sondern auch um die Schüler:innen mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen. Den Lehrkräften würde eine solche Reform die Möglichkeit bieten mehr auf die leistungsschwächeren Schüler:innen einzugehen, während sich die leistungsstärkeren Schüler:innen auf andere Fächer konzentrieren können. Dies würde beim Ausgleich eines eventuellen Leistungsungleichgewicht helfen.

Forderungen:

- Bei Leistungsstand „Sehr Gut“ einer/eines nicht mehr schulpflichtige:n Schüler:in recht auf Fernbleiben vom Unterricht in jenem Fach durch eine schriftliche Erlaubnis der Lehrperson, die bei Verschlechterung des Leistungsstandes sofort widerrufen werden muss. Zudem müssen mindestens 75% der Schulstunden in jenem Fach auch mit jener schriftlichen Erlaubnis besucht werden. Bei Schularbeiten gilt weiterhin die Anwesenheitspflicht.



38. Autonomie und Entpolitisierte Schule – Schulversuch Österreich

Antrag von: *Lorenz Unger, GRG19*

Anselm Husz, GORG20

Lisa Gubler, pG Infinum

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden.

Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten.

Mit Schulautonomie kommen jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um den Ressourceneinsatz bestmöglich zu gestalten.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.
- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.
- Wir fordern, dass der Schulbudgetplan durch den SGA bestätigt werden muss.
- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen. Darüber hinaus soll es eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit benötigen.

39. Sei eine Avocado!

Antrag von: *Louis Oberhammer, pG Theresianum*
Lorenz Unger, GRG19
Lea Hemedinger, BORG1

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



40. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler:innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler/Schülerin ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler:innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer:innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter. Zusammengefasst sollen Buddys für alle Erstklässler eine Anlaufstelle sein. Sie bieten anfänglich regelmäßige Betreuung im ersten Monat und danach nur noch phasenweise Unterstützung.

Forderungen:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler:innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.



41. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist

Antrag von: Lorenz Unger, GRG 19

Lea Hemedinger, BORG 1

Louis Oberhammer, pG Theresinaum

Es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist. Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption. In Wien gibt es rund 160.000 Oberstufenschüler:innen, welche von insgesamt 24 Personen vertreten werden. Gewählt werden diese jedoch nur von weniger als 0,2% aller Wiener Schüler:innen, das wäre z.B. als würden nur die Bürgermeister den Nationalrat wählen dürfen. Es ist klar zu erkennen, dass Demokratie so nicht funktionieren kann, da so niemals die Interessen vertreten werden können, die den Großteil der Betroffenen wirklich am Herzen liegen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine Ausweitung des Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Forderungen:

- Wir fordern eine proportionale Verteilung der LSV-Mandate, welche durch eine Direktwahl ermittelt wird. Hierbei soll jede:r Oberstufenschüler:in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratisches System zu gewährleisten.
- Wir fordern vor dieser Direktwahl eine großflächige Aufklärung aller Oberstufenschüler:innen über die Aufgabenbereiche, Rechte und Möglichkeiten der LSV, erst nach dieser kann eine Direktwahl qualitativ hochwertig sein.



42. „Das Internet ist für uns alle Neuland“

Antrag von: *Louis Oberhammer, pG Theresinaum*

Lorenz Unger, GRG 19

Lisa Gubler, pG Infinum

„Bei mir in der Stunde schreibts ihr sicher nicht am Laptop!“, „Die Hausübung könnt's ihr von der Tafel abschreiben, ich benutz das Untis nicht!“, „Ja ich hab die Folien nur für Overheadprojektor, kann den wer reinholen?“ Sätze, die man zu oft noch an Wiener Schule hört. Von einer Digitalisierungsoffensive spürt man hier nichts. Natürlich ist das nicht der Regelfall und es wird an manchen Schulen schon daran gearbeitet, die Digitalisierung voranzutreiben, aber das ist bei weitem noch nicht genug für das 21. Jahrhundert. Es beginnt bei der Zugänglichkeit zu digitaler Infrastruktur in den Schulen. Der Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet, sowie notwendigen Geräten muss flächendeckend fertiggestellt werden. Dabei dürfen Indexschulen nicht kürzer als Privatschulen kommen. Genauso ist es zu spät um erst die jüngeren Jahrgänge mit der nötigen Infrastruktur zu versorgen, es muss auch möglich sein noch in der Oberstufe auf den Unterricht mit Laptops bzw. Tablets umzusteigen.

Damit Schüler:innen zu digital mündigen Bürger:innen werden, reicht aber nicht allein die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur, es braucht auch die Ausbildung daran. Dass Schüler:innen Schreibschrift lernen aber nicht effizient auf einer Tastatur tippen können, kann nicht sein. Weiter sollte künstliche Intelligenz sowie digitale Medien sollten vermehrt im Unterricht thematisiert werden. Anstatt sie zu stigmatisieren und aus der Schule fernzuhalten, ist es wichtig, sie bewusst in den Schulalltag zu integrieren. Es kann nicht sein, dass in den Schulen versucht wird, eine Realität zu schaffen, in der es keine künstliche Intelligenz sowie digitale Hilfsmittel gibt. Hier muss sich das Bildungssystem an die Veränderungen der heutigen Zeit anpassen.

Doch nur geschultes Personal schafft es, all das Schüler:innen auch näher zu bringen. Deshalb braucht es kurz- bzw. mittelfristig vermehrt Fortbildungen für Lehrkräfte im digitalen Bereich. Langfristig ist jedoch klar, dass Digitalisierung auch einen Platz im Lehramtsstudium braucht.

Forderungen:

- Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet an Schulen.
- Wir fordern die flächendeckende Ausstattung von Schüler:innen mit Laptops bzw. Tablets, dieser darf nicht nur auf neue erste Klassen beschränkt sein.
- Wir fordern die flächendeckende Integration von digitalen Endgeräten in den Unterricht.
- Wir fordern, dass das 10-Finger-System in der Schule gelehrt wird.
- Wir fordern, dass die Chancen sowie Risiken von digitalen Medien vermehrt im Unterricht behandelt werden.
- Wir fordern die Thematisierung und Verwendung von künstlicher Intelligenz im Unterricht.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte im digitalen Bereich geschult werden und langfristig Digitalisierung im Lehramtsstudium behandelt wird.

43. Diskutieren geht über Studieren

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lea Hemedinger, ORG1

Lorenz Unger, GRG19

Leider ist der Stand der Dinge so, dass es an vielen österreichischen Schulen noch immer viel zu viel Frontalunterricht gibt. Dadurch lernen die Schüler:innen insgesamt weniger, da man viel leichter abgelenkt und unkonzentriert wird. Außerdem lernt man so nur Fakten auswendig, jedoch nicht Dinge zu hinterfragen und selbst zu denken.

Diskussionen im Unterricht zu verschiedensten Themen hingegen sorgen dafür, dass Schüler:innen lernen, selbst zu denken und Dinge zu hinterfragen und zu reflektieren. Außerdem lernt man, seine eigenen Standpunkte zu vertreten und sich eine Meinung zu bilden bzw. die Meinung anderer zu verstehen. Dies hilft nicht nur bei der Festigung des Stoffs, sondern bringt auch das Erlernen von Fähigkeiten mit, die unfassbar wichtig für das spätere Leben an Hochschulen oder in der Berufswelt sind.

Forderungen:

- Wir fordern die Verankerung von mehr Diskussionen zur Stoffvermittlung im Lehrplan aller Schulen.
- Wir fordern Fortbildungen für Lehrkräfte, wo gezielt zu diesen Themen gearbeitet wird, damit Diskussionen effektiv als Mittel im Unterricht eingesetzt werden können.



44. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lea Hemedinger, GRG5

Flächendeckende Podiumsdiskussionen an Schulen steigern die Wahlbeteiligung und holen so manch einen Schüler oder eine Schülerin aus der politischen Verdrossenheit heraus. Für österreichische Schulen sollte die politische und demokratische Bildung Aufgabenbereich Nummer eins sein, denn so eignen sich Jugendliche politisches Wissen an und werden dazu animiert sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Das Angebot an politischen Debatten, um Schüler:innen aus dem politischen Winterschlaf zu bekommen, muss erhöht oder gar gänzlich an jeder Schule umgesetzt werden. Wir sind fester Überzeugung, dass regelmäßige Debatten zu Tagesaktuellen innerpolitischen Geschehen oder Debatten zum Weltgeschehen die Wahlbeteiligung und auch die Partizipation etwas bewirken zu wollen steigern.

Österreichs Schulen sollten ein Ort für jede Form der Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte natürlich der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Semester sollte jedoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Jedoch ist anzudenken, dass Podiumsdiskussionen während des Regelunterrichts stattfinden sollten und sich somit Schüler:innen entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um der politischen Verdrossenheit entgegenzuwirken.



45. Bleibt weltoffen!

Antrag von: Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lisa Gubler, pG Infinum

Lorenz Unger, GRG19

Wir leben heutzutage in einer derart internationalen und sich-schnell-weiterentwickelnden Zeit, dass es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema Diversity zu beschäftigen. Obwohl Faktoren, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft oder auch Sexualität, die einfach nicht beeinflussbar sind, bereits ausnahmslos akzeptiert werden sollten, gibt es immer noch genügend Fälle von Homophobie, Rassismus, Sexismus oder einfach Mobbing aufgrund jener Faktoren.

Wir sind der Meinung, dass das nicht mehr so weitergehen darf! Jede:r soll so leben dürfen, wie er oder sie will, insofern es andere nicht gefährdet oder diese einschränkt. Leider passieren obengenannte Ungerechtigkeiten viel zu oft, obwohl die Schule eigentlich ein Ort zur Zusammenkunft, Sozialisierung und natürlich zum Lernen sein soll, was dadurch bedauerlicherweise oftmals in den Hintergrund rutscht. Da es vermutlich schwierig wäre, den Schüler:innen zu befehlen, wie sie sich gegenseitig zu behandeln haben, sollte Diversität in Form von außerordentlichen Projekten, wie beispielsweise Workshops oder Veranstaltungen gefördert werden.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstalten von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversity, aber vor allem Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.



46. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lea Hemedinger, BORG1

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler:innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



47. Erste-Hilfe-Kurs: Lebenswichtig

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lea Hemedinger, BORG1

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler:innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



48. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: Deniz Helienek, GRG22

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinum

Zurzeit befinden sich Lehrer:innen in einer Doppelfunktion, bestehend aus Mentor:in und Lektor:in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Diskrepanz der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schaffen wir es eine Ansprechperson für die Schüler:innen zu schaffen, die sie nicht zeitgleich benotet, womit das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer:innen entspricht und eine vertrauliche und offene Atmosphäre schafft. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schulatmosphäre

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/ der jeweiligen Schülerin steht.



49. Use your time wisely

Antrag von: Lea Hemedinger, BORG1

Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Deniz Helienek, GRG22

In Nebenfächern, in denen keine Schularbeiten abgehalten werden, zählen Lehrkräfte auf Mitarbeitersleistung, Tests, aber auch auf Präsentationen. Diese müssen immer zuhause vorbereitet werden, sowohl der Inhalt muss recherchiert werden als auch die Abhaltung der Präsentation muss zuhause geprobt werden. Das ist Zeit, die zusätzlich verloren geht, um sich auf wichtige Prüfungen vorzubereiten und führt im Endeffekt durch einen größeren Aufwand zum wirklichen Schulstress. Deswegen fordern wir, dass Präsentationen in Nebenfächern ausschließlich in Unterrichtsstunden vorbereitet werden dürfen. So wird Schülerinnen und Schülern im Unterricht Zeit zur Verfügung gestellt, um Präsentationen zu dem vorhergesehenen Stoff auszuarbeiten. Im Endeffekt sind Präsentationen laut Lehrplan nicht vorgeschrieben, nur der Lehrstoff ist vorgeschrieben. Wie dieser den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, hat die Lehrkraft selbst zu entscheiden. In vielen Fällen werden Präsentationen als beliebte Methode gesehen, jedoch gibt es viele Alternativen wie Workshops, Teamarbeiten oder interaktive Aufgaben. Unsere Forderung soll die Anhäufung von Präsentationen im Generellen vermeiden und Lehrkräfte dazu motivieren auch andere Unterrichtsmethoden anzuwenden.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Präsentationen in Nebenfächern nur in der dafür vorgesehenen Unterrichtszeit vorbereitet werden dürfen und nicht zuhause.



50. Gewaltig gegen Gewalt!

Antrag von: Lea Hemedinger, BORG1

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Fünfundzwanzig Femizide bis jetzt im Jahr 2023, und wir haben erst Dezember. Lange hat es nicht gedauert, denn das Jahr 2023 war gerade mal 13 Tage alt, als in Österreich die erste tödliche Gewalttat an einer Frau gemeldet wurde. Die traurige Wahrheit ist, dass es in Österreich keinen gefährlicheren Ort für Frauen und Mädchen gibt als die eigenen vier Wände. Gewalt an Mädchen in der Schule kann von einzelnen Personen ausgehen, aber auch strukturell bedingt sein.

Es muss verstanden werden, dass dieses Problem nicht nur einseitig gelöst werden kann, sondern vielschichtig und früh seinen Ursprung hat. Gewalt beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Gewalt beginnt schon früh im Kinder- und Jugendalter.

Genau hier muss angesetzt werden und es müssen nachhaltig präventive Maßnahmen gesetzt werden. Jegliche Form der Gewalt hat in der Schule keinen Platz.

Präventive Maßnahmen wie Workshops, Infomaterialien vor Ort an Schulen bezüglich Anlaufstellen, gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Besprechung im Unterricht durch eine Verankerung im Lehrplan sind ausdrücklich anzudenken.

Unsere Forderung soll die Anhäufung von Präsentationen im Generellen vermeiden und Lehrkräfte dazu motivieren auch andere Unterrichtsmethoden anzuwenden.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende präventive Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der Form von Workshops an Schulen, Infomaterialien zu Anlaufstellen an Schulen.
- Wir fordern gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Verankerung der Aufklärung über Gewalt im Lehrplan.



51. Choose your Player / Teacher

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lisa Gubler, pG Infinum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lehrkräfte an einer Schule müssen als Team funktionieren. Sie müssen dazu fähig sein zu kooperieren und gemeinsam Schüler:innen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Damit ein Team funktioniert brauchen wir an Schulen mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Lehrkräfte. Wir fordern personelle Freiheit damit nur die beste Ausbildung angeboten werden kann. Bildungsstätte müssen die Möglichkeit haben sich Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Denn nicht jede Schule ist gleich und es muss bei der Aufstellung des Lehrer:innenteams auf Schüler:innen eingegangen werden. Außerdem gibt es viele Schulen, an denen es Lehrkräfte mit einer bestimmten Zusatzausbildung benötigt. Beispiele dafür wären Schulen mit Schüler:innen, die einer vernachlässigten Bevölkerungsschicht angehören. Hier benötigen wir besonders engagierte und motivierte Lehrkräfte, die bereit sind starke Arbeit zu leisten. Die Wahl der Lehrkräfte würde durch die Direktion erfolgen, denn niemand kennt die eigene Schule so gut und kann besser beurteilen welches Team es benötigt, um die beste Ausbildung zu gewährleisten. Wir wollen weg von der Zuteilung der Lehrkräfte. Daher sollte ein transparentes und normiertes Bewerbungsverfahren angewendet werden, sowie bei jedem anderen Job auch.

Forderungen:

- Wir fordern eine personelle Freiheit an Schulen, sodass jede Direktion ihr Lehrer:innenteam durch ein transparentes Verfahren selbst aufstellen kann.



52. Verpflichtendes Lehrer:innen Feedback

Antrag von: : Lea Hemedinger, ORG1

Deniz Helienek, GRG22

Lorenz Unger, GRG19

Wir Schüler:innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer:innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler:innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler:innen an Lehrer:innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler:innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler:innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“ beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderungen:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler:innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.



53. Paper-and-Pencil-Aufgaben, das Konzept aus der Zukunft?

Antrag von: *Anselm Husz, BHAKWIEN22*

Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Wieder einmal wurde für den Schultyp AHS eine grundlegende Änderung für die Mathematik Matura beschlossen. So gibt es zum Beispiel eine neue Agenda für die Matura 2025: Dort sollen dann grundlegende Rechenaufgaben in Paper-and-Pencil-Manier bewältigt werden. Dies ist der Punkt wo man beginnt den Kopf zu schütteln. Denn jahrelang hat man den Oberstufenschüler:innen abtrainiert, etwas mit der Hand zu rechnen. Typischerweise musste ein CAS-Programm oder ein CAS-fähiger Taschenrechner herhalten um mit der SOLVE-Funktion Gleichungssysteme zu lösen. Rein theoretisch wird das händische Rechnen ja auch erlernt. In der Praxis jedoch verkommt diese Fähigkeit, da das bloße Rechnen nahezu nichts mit mathematischen Grundkompetenzen zu tun hat. Nun soll also die mathematische Tugend wieder hochgehalten werden. Grundsätzlich ist dieser Schritt zu befürworten. Völlig offen ist jedoch, in welcher Intensität diese Beispiele auftreten werden. Einen bloßen Spaziergang mit völlig grundlegenden Beispielen als Teil einer schriftlichen Matura wird es wohl kaum geben. Sobald aber diese Paper-and-Pencil-Aufgaben ein Stück weit interessanter werden, wird es höchstwahrscheinlich wieder an einer echten Vorbereitung dafür fehlen. Denn der Matheunterricht ist seit jeher zeitlich unterdimensioniert. Es wurde Platz geschaffen: Parabeln, Ellipsen, Hyperbeln und meistens auch Kreise wurden begraben. Damit auch die klassischen Extremwertaufgaben. Genauso sind Folgen und Reihen ein reiner Nischenstoff geworden. Sprich: Der Mathestoff der Oberstufe blieb am Papier zwar gleich, aber in der Praxis wird vor allem der Maturastoff abgedeckt. Und natürlich wurde durch die Verwendung technischer Hilfsmittel Zeit gespart. Vor allem die Grundkompetenzen, welche nun wieder zum Einsatz kommen sollen wurden häufig vernachlässigt.

Forderungen:

- Daher fordern wir, eine angemessene Matura Anpassung und die nötige Vorbereitung um die Paper-and-Pencil-Aufgaben bewältigen zu können.



54. Echter Klimaschutz in der Schule

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung zu bremsen, wird das für uns alle katastrophale Folgen haben. Vor wenigen Monaten erst hat uns der IPCC, der Klimaexpert:innenrat der UN, an die Dringlichkeit dieser Herausforderung erinnert: Es bräuchte unmittelbare und drastische Reduktionen des CO₂-Ausstoßes, um die globale Erwärmung noch auf unter 2°C seit der industriellen Revolution beschränken zu können. Wir müssen also handeln, und zwar bald. Unsere Verantwortung als Schüler:innenvertreter:innen ist es, Veränderung dort einzufordern, wo es uns am meisten betrifft: Der Schule. Auch im österreichischen Schulsystem besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Wir müssen damit beginnen Ressourcen in der Schule besser und effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck der Schulen zu senken. Echten Klimaschutz gibt es aber nur, wenn man ein echtes Konzept vorlegen kann. Genau das versucht dieser Antrag zu tun.

Eine echte Veränderung wird es nämlich nicht geben, wenn wir auf symbolische Verbote von oben herab setzen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Direktionen und die Schulpartner im SGA dazu motiviert sind, es besser zu machen. Dass sie kreative Wege suchen, die wirklich funktionieren und an ihre Schule angepasst sind. Es braucht also Anreize! Ein Belohnungssystem ist hier die Lösung: Jedes Jahr soll der Fußabdruck aller Schulen erhoben werden. Daraus soll ein Ranking entstehen. Die Schulen, die ihren CO₂-Ausstoß am stärksten senken konnten, bekommen dafür vom Bildungsministerium eine Prämie. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Lösungen und Modelle. Die klimafreundliche Schule ist nämlich eine Schule des mutigen Wettbewerbs und nicht der Verbote.

Es gibt aber natürlich auch Schulen, die sich besonders schwer tun werden. Deshalb wollen wir, dass die 10% der Schulen, mit dem höchsten CO₂-Ausstoß direkt von Expert:innen in Sachen Klimaschutz unterstützt werden. Zusammen mit diesen Profis vom Bildungsministerium sollen diese Schulen einen maßgeschneiderten Fahrplan für die Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks entwickeln.

Um das Bildungssystem insgesamt CO₂-neutral zu gestalten, müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden: Neubauten von Schulen sollten höchsten ökologischen Standards entsprechen! Genauso muss es den Schüler:innen ermöglicht werden, möglichst ohne Emissionen zu ihrer Schule zu kommen: Wir Das österreichweite begrüßen hier grundsätzlich das Klimaticket ist eine große Chance für den öffentlichen Verkehr, es braucht fordern aber auch einen weiteren Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur, damit möglichst jede:r Schüler:in seine oder ihre die Schule ohne Auto erreichen kann. Hier gilt es auch, gerade in den Städten, für sichere Fahrradwege zu sorgen.

Um die ökologische Transformation der Schulen zu schaffen, braucht es aber auch eine Ausbildungsoffensive. Hierbei muss einerseits den Direktionen wichtiges Know-How mitgegeben werden, damit sie effizient selbstständig Maßnahmen für klimafreundliche Schulen vor Ort setzen können. Andererseits müssen die Schüler:innen selbst lernen, wie sie eigenverantwortlich klimafreundlicher leben können. Hierbei sollten auch klimafreundliche Projekte von Schüler:innen an ihren Schulen gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zu Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung.
- Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler:innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.



55. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lorenz Unger, GRG19

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer:innen, Schüler:innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer:innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler:innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer:innen und Schüler:innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.



56. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Lorenz Unger, GRG19

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer:innen, Schüler:innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer:innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler:innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer:innen und Schüler:innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.



57. Erdbeerwoche – kein Problem!

Antrag von: Lea Hemedinger, ORG1

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG19

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler:innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.



58. Internship your life

Antrag von: Lorenz Unger, GRG 19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lisa Gubler, pG Infinum

An vielen Schulen Wiens ist die Absolvierung eines Praktikums, egal ob Ausland oder Inland bereits verpflichtend. Dies zeigt uns immer wieder wie essenziell ein Praktikum für eine frühe Berufserfahrung, die persönliche Entwicklung und das Knüpfen von Kontakten ist. Damit sich Schüler:innen auch bestmöglich darauf vorbereiten können benötigt es mehr Unterstützung seitens der Schule. Durch die Einführung eines Praktikums-Komitee würde dies optimal funktionieren! Die Aufgaben dieses Komitees wären unter anderem Schüler:innen bei Recherche und Bewerbungsprozess beistehen, regelmäßig Stellenanzeigen an Interessent:innen senden, bei Auswahl des Praktikumsplatz unterstützen, gemeinsam auf das Praktikum vorbereiten, während des Praktikums für Notfälle erreichbar sein und gemeinsam mit Schüler:innen das absolvierte Praktikum nachbereiten. Dabei ist es wichtig, dass sich Schüler:innen im Vorhinein bestimmte Ziele setzen, sodass das Praktikum auch einen Nutzen hat. Die Entscheidung, ob es dazu dienen soll sprachliche Kenntnisse zu verbessern, das im Praxisunterricht erlernte anzuwenden oder um sich beruflich besser orientieren zu können muss den Schüler:innen selbst überlassen werden.

Dieses Komitee würde sich aus jeweils einer Lehrkraft pro angebotener Fremdsprache und zwei zusätzlichen Lehrkräften zusammensetzen. So wäre jede Fremdsprache vertreten und zusätzliche Hilfe ebenfalls gewährleistet. Außerdem muss Schüler:innen das nötige Wissen zu jeglichen Förderprogrammen wie beispielweise Erasmus+ mitgegeben werden, sodass diese vermehrt in Anspruch genommen werden.

Im Endeffekt sollte es in der Interesse der Schulen liegen ihre Schülerschaft bei der Sammlung früher Berufserfahrung zu bestärken und zu unterstützen.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung eines Praktikums-Komitee an allen Schulen Wiens.
- Wir fordern vermehrte Praktikum-Informationsveranstaltungen an allen Schulen Wiens.



59. Schule ohne Gott und mit Verstand

Antrag von: Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

In Deutschland ist Ethikunterricht schon seit langem etwas ganz normales, auch manche österreichische Schulen bieten diesen schon an. Doch leider machen das noch nicht viele und in den meisten Fällen wird er nur als eine Alternative für jene Schüler:innen, die den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen wollen, angeboten.

Nach aktueller Gesetzeslage dürfen Schülerinnen und Schüler erst mit dem Erreichen der Religionsmündigkeit, also derzeit mit 14 Jahren, selbst darüber entscheiden, ob sie den Religionsunterricht besuchen wollen oder nicht. Bis dahin ist das die Aufgabe der Eltern. Im Idealfall beachten diese natürlich den Willen ihrer Kinder, doch trotzdem sollten Schülerinnen und Schüler ihre Religion selbst wählen können, vor allem in der Schule! Ethikunterricht auf der anderen Seite ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler der Lage sind, die verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, sondern er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen.

Außerdem sollte Schule ein Ort sein an dem sich alle Schüler:innen gut aufgehoben fühlen. In jeder öffentlichen Schule hängt in Österreich jedoch derzeit noch ein Kreuz an der Wand. Für alle mit nicht-christlichem Bekenntnis ist das natürlich eine starke Nachricht. Es vermittelt, dass diese Schülerinnen und Schüler, die es oft sowieso schon schwerer als andere haben, nicht wirklich zur Schulgemeinschaft gehören und, dass dort andere Religionen nicht als gleichwertig betrachtet werden.

Forderungen:

- Wir fordern also, dass Religionsunterricht an Schulen erst angeboten wird, wenn Kinder frei entscheiden können, ob sie diesen besuchen wollen. Ethikunterricht soll bis zur 9. Schulstufe verpflichtend sein.
- Des Weiteren soll sich die LSV dafür einsetzen, dass sich an öffentlichen Schulgebäuden keine Religiösen Zeichen befinden dürfen.



60. Öffis nützen – selbst schützen

Antrag von: Deniz Helienek, BRG22

Anselm Husz, BHAKWIEN 22

Lorenz Unger, GRG19

Unzählige Schüler:innen nutzen tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel, um in die Schule zu fahren. Dabei begegnen Jugendliche leider immer häufiger unangenehmen Situationen, in denen sie sich nicht zu wehren wissen. Schüler:innen müssen mit einem guten Gefühl in der Schule ankommen, um ihren Schulalltag erfolgreich meistern zu können, weswegen es definitiv in der Verantwortung aller Schulen Wiens liegt ihre Schüler:innenschaft auf etwaige unangenehme Situationen vorzubereiten und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle anzubieten. Durch die Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen können öffentliche Verkehrsmittel mit sicherem Gefühl genutzt und Schüler:innen für alle Notfälle vorbereitet werden. Zusätzlich dazu benötigt es an allen Schulen Wiens eine Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht und diese vereinzelt bei Bedarf gemeinsam mit Schüler:innen verarbeitet – diese Rolle soll eine dafür bestimmte Lehrkraft einnehmen.

Sich nicht wohlfühlen, wenn man allein öffentliche Verkehrsmittel nutzt, ist okay, darf jedoch nicht normal sein! Und genau deswegen müssen wir endlich Enttabuisierung leisten und aktiv das Problem ansprechen!

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen.
- Einführung einer Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht.



61. Let's talk about sex, baby!

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Deniz Helienek, BRG22

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinandersetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler:innen erreichbar zu machen.



62. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Antrag von: *Louis Oberhammer, pG Theresianum*

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Lorenz Unger, GRG 19

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler:innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert. In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler:innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler:innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Desweiteren soll langfristig das System der Modularen Oberstufe, welches es bereits an Schulversuch in einigen Wiener AHSen gibt, als eine Möglichkeit für mehr Selbstbestimmung für Schüler:innen gelten.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler:innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater:innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden
- Die LSV und die BSV sollen sich für eine Ausweitung des Schulversuches Modulare Oberstufe (MOST) einsetzen.



63. Fair Play im Zeugnis

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Lea Hemedinger, BORG1

Anselm Husz, BHAKWIEN22

„Bewegung und Sport“ ist eines der Fächer, in denen den Lehrkräften am meisten Freiraum gelassen wird. Das wirkt sich natürlich auch auf die Benotung aus, die je nach Lehrer:in oft sehr unterschiedlich ausfällt. Aber ist das überhaupt fair, und sind Noten in diesem Fach überhaupt geeignet?

Viele wissenschaftliche Arbeiten zeigen, dass es Sportlehrkräfte, in einem Benotungssystem das stark auf Beobachtung basiert, nicht schaffen über jede:n Schüler:in andauernd Notizen zu machen. Falls eine Lehrperson pro Stunde immer nur eine:n bestimmte:n Schüler:in beobachtet, ist das aber ebenso ungerecht, da diese dann keine laufende Aufzeichnungen erstellt. In der Dissertation der Sportwissenschaftlerin Clarissa Feth erläutern mehrere Lehrer:innen, dass sie es dadurch auch für sehr schwierig halten eine womögliche Leistungsentwicklung festzustellen.

Das wohl häufigste Problem bei Noten ist das Konkurrenzdenken, das unwillkürlich bei den Schüler:innen entsteht. Gerade im Sportunterricht kann dies nicht nur zu Streitigkeiten und Beleidigungen im Unterricht führen, sondern in manchen Fällen auch zu Ausschließung und Mobbing. Bei Schüler:innen, die in den sonstigen Gegenständen schlechte Noten haben, ist es absehbar, dass es wegen der Enttäuschung zur Abminderung der Motivation kommt. Besonders im Sportunterricht ist das fatal, da eines der Ziele im Schulsport sein sollte, die Schüler:innen zur lebenslangen sportlichen Betätigung zu begeistern.

All dies zeigt das eine objektive und gerechte Beurteilung im Fach „Bewegung und Sport“ förmlich unmöglich und auch kontraproduktiv ist!

Forderungen:

- Anstelle der Beurteilung nach Noten von 1-5 sind Teilnahmevermerke (Teilgenommen/Nicht Teilgenommen) in das Jahreszeugnis aufzunehmen
- Abschaffung der Möglichkeit praktische Prüfungen sowie Referate durchzuführen, um die Aspekte Bewegung und sportliche Betätigung im Unterricht hervorzuheben



64. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Anselm Husz, BHAKWIEN22

Deniz Helienek, BRG22

Ein Großteil der Wiener Schüler:innenvertretungen hat eine riesige Menge an Ideen und Projekten, die sie gerne umsetzen würden. Diese Projekte erfordern meistens eine gewisse finanzielle Unterstützung, die sie vom Elternverein oder der Direktion oftmals nicht bekommen. Um zu gewährleisten, dass die Schüler:innenvertretung auch unabhängig von finanzieller Unterstützung der anderen Schulinstanzen funktionieren kann, braucht es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen. Das nötige Geld dafür soll durch einen Schüler:innenbeitrag von maximal 4€ im Jahr finanziert werden, welcher dann ausschließlich für Projekte verwendet wird, die den Schüler:innen zugutekommen. Zusätzlich dazu soll das Budget durch Aktionen der SV, wie z.B. Verlosungen aufgestockt werden können. Um das ganze übersichtlich und verantwortungsbewusst zu koordinieren, müsste es ein eigenes Girokonto für die SV geben, das von dieser auch verwaltet wird. Des Weiteren muss die Schüler:innenvertretung einen Rechenschaftsbericht ablegen und die Finanzen auch im SGA vorlegen, die auch noch von den zukünftigen Schüler:innenvertretungen eingesehen werden können.

Forderungen:

- Wir fordern, dass es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen gibt, welches frei, für schulische Zwecke, verwendet werden kann.



65. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Aselm Husz, BHAKWIEN22

Deniz Helienek, BRG22

Ein Machthabender verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderungen:

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



66. What to do after school? – Zivil oder Wehrdienst: der Zwiespalt

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Deniz Helienek, GRG22

Mit Ende der Schulzeit steht für die männlichen Schüler eine wichtige Entscheidung in ihrem weiteren Leben an. Denn zwischen dem Beginn des Studiums oder dem Eintritt in die Arbeitswelt gibt es noch eine weitere Station, die man durchlaufen muss. Der Wehrdienst beim Bundesheer oder die seit 1975 zur Verfügung stehende Alternative in unterschiedlicher ziviler Form. Die häufigste ist der zumeist angestrebte neunmonatige Zivildienst. Aber für alle, die zum Beispiel einen Dienst im Ausland anstreben, besteht die Möglichkeit, sich in den Freiwilligendienst zu begeben und im Rahmen des Friedensdienstes oder des Freiwilligen Sozialen Jahres zu arbeiten. Doch für was soll man sich entscheiden und was sind eigentlich die oben genannten Möglichkeiten? Diese Fragen treffen jeden einzelnen Schüler oft vollkommen unvorbereitet. Leider bleibt dieses wichtige Thema im Leben jedes Bürgers unseres Landes auch während der Schulzeit unbehandelt. Obwohl die Schule genau der Ort sein sollte und müsste, wo sich Schüler unabhängig von großen Werbekampagnen über dem Dienst im Staat informieren könnten.

Forderungen:

- Wir fordern daher einen unabhängigen Informationstag rund um Wehrdienst und Zivildienst an Österreichs Schulen, damit man Schülern die Möglichkeit gibt unbeeinflusst eine Entscheidung für ihre Zukunft zu treffen.



67. Bildung über Finanzen: Eine Investition in die Zukunft

▪ Antrag von: Deniz Helienek, BRG22

Lorenz Unger, GRG19

Lisa Gubler, pG Infinum

In der Zeit nach Corona, in der über staatliche Förderungen und die hohe Inflation diskutiert wird, ist eine gute Wirtschafts- und Finanzbildung umso wichtiger. Es kann nicht sein das in ganz Österreich Experten über die Zukunft der Wirtschaft debattieren und in den Schulen Stillschweigen herrscht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass alle Schüler:innen die Instrumente und das Wissen mit auf den Weg bekommen, um ein finanziell mündiges Leben führen zu können. Nur wer sich in unserem Wirtschafts- und Finanzsystem auskennt, kann mündige Entscheidungen treffen. Diese so wichtige Bildung dürfen wir nicht ausschließlich Banken und Unternehmen überlassen, die natürlich auch ein Eigeninteresse haben. Schon jetzt werden seitens des Bildungsministeriums Schritte in die richtige Richtung gemacht, dennoch muss hier Druck ausgeübt werden, um den Prozess zu beschleunigen, aber auch Input seitens der Schüler:innen zu liefern.

Zu einer guten Wirtschafts- und Finanzbildung gehört einerseits das mikroökonomische und andererseits das makroökonomische Verständnis. Es soll nicht an den Banken liegen, Kredite, Zinsen usw. zu erklären.

Es ist aber mindestens genauso wichtig, Wirtschaftssysteme zu verstehen, um sich eine Meinung bilden zu können. Hier muss vermehrt schon in der Pflichtschule angesetzt werden, im Rahmen des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts, damit auch Menschen mit Pflichtschulabschluss ein Gefühl für Geld und die Mechanismen unserer Wirtschaft bekommen. Darüber hinaus braucht es, um mehr in die Tiefe gehen zu können, ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, sollte es noch kein ähnliches Fach in der Schule geben.

Neben klassischen Begriffen und Systemen soll auch gelernt werden, wie man verantwortungsvoll mit Geld umgeht. Dabei spielen die richtigen Tools zur Meisterung von wirtschaftlichen Herausforderungen und das Planen eines Haushaltsbudgets natürlich mit. Genauso wichtig zu lernen ist aber auch, dass Geld nicht mehr sondern oft weniger wird, wenn es auf der Bank liegt. Deshalb müssen die Chancen, aber auch Risiken der verschiedenen Anlagemöglichkeiten eine Rolle spielen. Um risikolos mit dem Finanzsystem in Kontakt zu kommen, soll es Schüler:innen ermöglicht werden, gemeinsam an Börsenspielen teilzunehmen. Was jedoch auch thematisiert werden muss, ist die Rolle von Aktien und anderen Anlagemöglichkeiten bei der privaten Pensionsvorsorge, denn die Schüler:innen müssen jetzt schon darauf vorbereitet werden, dass sie ihre Pensionsvorsorge womöglich selbst in die Hand nehmen müssen.

Forderungen:

- Wir fordern, dass schon in der Pflichtschule im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ein grundlegendes Verständnis sowohl für mikroökonomische als auch makroökonomische Zusammenhänge gelehrt wird.
- Wir fordern in der Sekundarstufe II die Einführung des Fachs „Wirtschafts- und Finanzkunde“, sollte es nicht bereits ähnliche Fächer geben.
- Wir fordern die verstärkte Thematisierung von Tools zur Meisterung wirtschaftlicher Herausforderungen (Verträge, Bankwesen, Steuern, Insolvenz, Förderungen, usw.), der Planung eines Haushaltsbudgets, Anlagemöglichkeiten und privater Pensionsvorsorge.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Börsenspiel im Rahmen des Unterrichts.
- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv an dem Prozess der Implementierung von Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule beteiligt.

68. **Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen**

Antrag von: Lorenz Unger, GRG19

Deniz Helienek, BRG22

Lea Hemedinger, ORG1

„Auch wenn wissenschaftliche Forschung nicht immer unmittelbar einen Nutzen bringt, ist die Erweiterung des Wissensspektrums von essenzieller Bedeutung und sollte daher von der Regierung unterstützt werden.“ Etwa 48% der österreichischen Befragten stimmen dieser Auffassung zu, während rund ein Viertel sie ablehnen (Quelle: Eurobarometer). Die zunehmende Medialisierung macht Schülerinnen und Schüler besonders anfällig für unwissenschaftliche Informationen und Verschwörungsmythen im Netz. Das falsche Bild von Wissenschaft als absoluter Wahrheit führt zu Desillusionierung und Vertrauensverlust, wenn neue Erkenntnisse zu Widersprüchen führen.

Die Schulen in Österreich spielen eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Informationen und dem Erkennen von "Fake News", jedoch fehlt es an Aufklärungsarbeit zu Alltagsthemen wie dem Klimawandel. Es ist essenziell, Jugendliche auf manipulative rhetorische Techniken vorzubereiten, um das kritische Denken zu fördern und "Fake News" von wissenschaftlichen Fakten zu unterscheiden.

Es ist außerdem unerlässlich, dass Schulen auf die Herausforderungen der aktuellen globalen Situationen eingehen. Schülerinnen und Schüler müssen darauf vorbereitet werden, gezielte Falschinformationen zu erkennen, und jegliche News kritisch zu hinterfragen. Eine vertiefte Sensibilisierung für diese Themen fördert nicht nur das Verständnis, sondern trägt auch zur Entwicklung einer informierten und kritischen Bürgerschaft bei.

Forderungen:

- Daher fordern wir verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen bezüglich der Wissenschaft und relevanten Alltagsthemen.
- Außerdem soll sich die Schule für eine Förderung des kritischen Denkens durch die Identifikation von rhetorischen Techniken in sozialen Medien einsetzen.



69. Sprich dich stark!

Antrag von: Boris Andreev, pG Theresianum

Ivan Ivanov, pG Theresianum

Louis Oberhammer, pG Theresianum

Die Schule ist ein Ort, der uns aufs Leben vorbereiten soll und gerade in heutigen Zeiten, wo die Welt immer vernetzter wird ist es wichtig, dass auch in der Schule kommunikative Fähigkeiten in Form von Workshops Thema werden. Hierfür ist Rhetorik ein Mittel, welches das kritische Denken und Analysieren von Argumenten fördert. Des Weiteren wirkt sich Rhetorik positiv auf die sozialen Kompetenzen und das Selbstbewusstsein aus. Rhetorik bereitet einen unter anderem auch auf das spätere Berufsleben vor, da in vielen Branchen argumentieren und debattieren in jeglichen Arten und Settings gefragt ist. In einer demokratischen Gesellschaft ist es von großer Wichtigkeit ist, dass wir das Verständnis für politische Themen und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fördern. Daher sind wir überzeugt, dass Rhetorik-Workshops an der Schule einen großen Vorteil für alle Schüler:innen bringen würden, da sie Schüler:innen zu kompetenteren und selbstbewussteren Kommunikator:innen machen, die in der Lage sind, in verschiedenen Lebensbereichen erfolgreich zu agieren.

Forderungen:

- Wir fordern, dass die LSV Workshops zu Rhetorik anbietet und sich für mehr kritisches Denken in der Schule einsetzt.
- Wir fordern, dass die LSV Schüler:innenvertretungen hilft, diese Workshops an ihrer Schule durchzuführen
- Wir fordern, dass die LSV einmal pro Jahr einen Rhetorik Wettbewerb organisiert, um das Gelernte aus den Workshops anzuwenden.

